

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Mehr Gründerinnen und Gründer für Deutschland: BMWi startet Gründungsoffensive



In Deutschland gibt es viele Menschen mit großartigen Ideen. Sie will das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit seiner Gründungsoffensive unter dem Motto „GO! Gut für Dich. Gut für Deutschland.“ ermutigen und unterstützen. Am 29. November 2018 hat Bundeswirtschaftsminister Altmaier die breit angelegte Gründungsoffensive gemeinsam mit den Verbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH gestartet.

Die Gründungsoffensive setzt ein Zeichen für mehr Gründungen in Deutschland: Sie gibt Impulse zum Gründen, will den Gründer- und Unternehmergeist in Deutschland stärken und Menschen ermutigen, ein eigenes Unternehmen zu gründen oder ein bestehendes Unternehmen zu übernehmen. Das Ziel sind mehr Unternehmensgründungen und -nachfolgen in allen Wirtschaftsbereichen: vom Handwerk über die gewerbliche Wirtschaft, Dienstleistungen und die freien Berufe bis hin zu technologieorientierten, wachstumsstarken Start-ups.

Zwar nahmen die Anzahl chancenorientierter und innovativer Gründungen mit Wachstumspotenzial, Neugründungen in den freien Berufen und auch die Qualität und Nachhaltigkeit von Gründungen zuletzt zu. Jedoch ist die Gesamtzahl der Gründungen rückläufig. Die deutsche Volkswirtschaft braucht aber Gründerinnen und Gründer, um auf Dauer innovativ und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Hier setzt die neue Gründungsoffensive des BMWi an, die von Bundeswirtschaftsminister Altmaier am 29. November 2018

gemeinsam mit den Verbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Zum Startschuss haben BMWi und Verbände eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der insbesondere sechs Punkte als für Gründungen und Nachfolgen in Deutschland besonders wesentlich hervorgehoben werden: die gesellschaftliche und politische Wertschätzung unternehmerischer Selbständigkeit, die Vermittlung wirtschaftlichen Wissens und unternehmerischen Denkens, die Erleichterung von Unternehmensnachfolgen, die Verbesserung des Gründungsumfelds und die Gewinnung insbesondere von Frauen und von Menschen mit Migrationshintergrund für die unternehmerische Selbständigkeit.

Parallel zum Start der Gründungsoffensive wandte sich Bundeswirtschaftsminister Altmaier in einem Brief an die Oberbürgermeister/innen, Bürgermeister/innen und Landräte/Landrätinnen, um eine breite Unterstützung des Themas durch alle politischen Entscheidungsträger zu erreichen. Darin hebt er die Bedeutung von Unternehmerinnen und Unternehmern gerade auch in den Regionen hervor und wirbt für mehr Wertschätzung.



Um die Gründungsinitiative in die Fläche zu tragen, sind im Jahr 2019 vier Regionalkonferenzen vorgesehen, bei denen der Bundeswirtschaftsminister zusammen mit den Verbänden den direkten Austausch mit Gründerinnen und Gründern, Unternehmerinnen und Unternehmern suchen wird.

Inhaltlich setzt die Gründungsinitiative folgende Schwerpunkte:

- 1. Gründergeist stärken, unternehmerische Kompetenzen vermitteln, Mut für eine zweite Chance machen**
 Deutschland braucht eine stärkere Gründungskultur. Dazu gehört auch eine positive Fehlerkultur der Gesellschaft, die nach Fehlschlägen neue unternehmerische Perspektiven ermöglicht. Es gilt, das Wissen um die Themen Gründung, Start-ups und Unternehmertum zu verbessern und die unternehmerische Selbständigkeit stärker als Chance wahrzunehmen. Das BMWi unterstützt hier mit seinen Programmen „Unternehmergeist in die Schulen“, „EXIST – Existenzgründungen aus der Wissenschaft“ sowie „Förderung unternehmerischen Know-hows“ und sucht mit diversen Veranstaltungsformaten den Dialog mit der Gründerszene und der Gesellschaft (u. a. Gründerwoche Deutschland, Start-up-Nights!, Gründermessen, Gründerwettbewerbe).
- 2. Gründungsumfeld verbessern**
 Für Gründerinnen und Gründer gibt es zahlreiche und vielfältige Informationen und Beratungsangebote der EU, des Bundes, der Länder und regionaler Einrichtungen. Das BMWi informiert und unterstützt mit der zentralen Gründerplattform (www.gruenderplattform.de) und der Informationsseite www.existenzgruender.de. Es setzt sich ferner dafür ein, Gründungsverfahren künftig zu bündeln, zu digitalisieren und durch vereinfachte Verwaltungsprozesse insgesamt zu erleichtern.
- 3. Unternehmensnachfolgen erleichtern**
 Die Unternehmensnachfolge wird zu einer immer größeren Herausforderung für die Wirtschaft. Damit unternehmerisches Know-how und Arbeitsplätze bei Unternehmensnachfolgen nicht verloren gehen, muss der Wechsel strategisch richtig und rechtzeitig vorbereitet werden. Zur Unterstützung bietet das BMWi u. a. die Unternehmensnachfolgebörse www.nexxt-change.org (zusammen mit der KfW), das Projekt „ICON – innovativer Content für die Unternehmensnachfolge“ sowie bundesweite Veranstaltungen wie etwa den Aktionstag „Unternehmensnachfolge“ an.
- 4. Mehr Frauen für die unternehmerische Selbständigkeit gewinnen**
 Obwohl Frauen ein ähnlich hohes Gründungsinteresse haben wie Männer, sind Gründungen von Frauen deutlich seltener. Nur jedes dritte Unternehmen wird von einer Frau aufgebaut. Das BMWi will deshalb gezielt Frauen ermutigen, den Schritt in die Selbständigkeit zu gehen oder ein bestehendes Unternehmen zu übernehmen. Dafür gibt es die bundesweite Initiative „FRAUEN unternehmen“ und das Existenzgründerinnenportal www.existenzgruenderinnen.de.
- 5. Passgenaue Finanzierungsinstrumente anbieten**
 Ein gutes Finanzierungsumfeld ist eine entscheidende Voraussetzung für eine dynamische Gründungs- und Start-up-Szene. Das BMWi stellt ein gut austariertes System aus Programmen zur finanziellen Unterstützung von Unternehmensgründung und -wachstum sowie zur Unternehmensnachfolge zur Verfügung (z. B. Förderprogramm „ERP-Kapital für Gründung“, Mikrokreditfonds Deutschland, Mikromezzaninfonds).
- 6. Mehr Wagniskapital für Start-ups bereitstellen**
 Deutschland ist in der Frühphasenfinanzierung von



Start-ups mittlerweile – auch dank zahlreicher öffentlicher Förderprogramme – gut aufgestellt. Im internationalen Vergleich ist der deutsche Wagniskapitalmarkt in Relation zur deutschen Wirtschaftskraft allerdings immer noch sehr klein. In anderen Ländern wird im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ein Vielfaches an Wagniskapital investiert. Mit diversen Maßnahmen, wie etwa der neuen Beteiligungsgesellschaft „KfW Capital“, der „Tech Growth Fund“-Initiative, dem High-Tech-Gründerfonds, dem INVEST-Programm und EIF-Programmen für Wagniskapitalfinanzierungen, soll das Finanzierungsumfeld von Start-ups weiter verbessert werden.

7. Start-ups und Mittelstand enger vernetzen

Von der Zusammenarbeit zwischen Start-ups und etablierten Unternehmen profitieren beide Seiten. Eine Mehrheit der Mittelständler kann sich eine Zusammenarbeit mit Start-ups vorstellen, aber nur wenige sind bisher eine Kooperation eingegangen. Es gilt daher, Start-ups und Mittelstand enger miteinander zu vernetzen. Dazu tragen Formate wie die Start-up-Nights, die Workshop-Reihe „Start-up meets Mittelstand“, das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft, die Digital Hub-Initiative sowie das „Forschungsnetzwerk Energie Start-ups“ bei.

8. Internationale Kooperationen von Start-ups fördern

Nur wenige deutsche Start-ups wagen frühzeitig den Schritt in globale Märkte. Auch deshalb fällt es jungen Unternehmen im internationalen Vergleich schwer, schnelles und anhaltendes Wachstum zu realisieren. Ergänzend zu den klassischen Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung bietet das BMWi deshalb spezifische Unterstützungsleistungen an, damit deutsche Start-ups früher die globalen Wachstumsmärkte besetzen (z. B. German Accelerator Programm, Programm EXIST-Gründungskultur, Start-up-Exchange-Programme).

9. Unternehmerische Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten stärken

Etwa jede fünfte Gründung in Deutschland erfolgt mittlerweile durch Menschen mit Migrationshintergrund. Das BMWi will Migrantinnen und Migranten daher stärker ermutigen, zu gründen oder ein bestehendes Unternehmen zu übernehmen, und stellt passgenaue Informationen und Beratung zur Verfügung (z. B. Pilotprojekt „Start-up-your-future“, Ausbau spezifischer Informations- und Beratungsangebote).

10. Soziales Unternehmertum stärker fördern

Die Herausforderungen der demografischen Entwicklung, der Globalisierung und der Digitalisierung lassen sich allein mit technischen Innovationen nicht lösen. Soziale Start-ups leisten mit innovativen Lösungen für gesellschaftliche und ökologische Fragen einen wichtigen Beitrag für Wirtschaft und Gesellschaft. Ihnen stehen bereits jetzt viele Förder- und Beratungsprogramme in der Gründungs- und Skalierungsphase offen. Im Rahmen der Gründungsoffensive werden Weiterentwicklungen und eine bessere Berücksichtigung von Sozialunternehmen angestrebt.

Mehr zur Gründungsoffensive erfahren Sie auf der Internetseite www.existenzgruender.de/GO.

Kontakt:

Christine Messing

Referat: Grundsatzfragen der nationalen und europäischen Mittelstandspolitik

Holger Maus

Referat: Unternehmensgründung, Finanzierungs- und Förderberatung

Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ – die neue Digitalstrategie der Bundesregierung

Die Bundesregierung will den digitalen Wandel gestalten und Deutschland fit für das digitale Zeitalter machen. Hierzu hat sie die Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ verabschiedet. Ziel ist es, die Lebensqualität für alle Menschen in Deutschland weiter zu steigern, die wirtschaftlichen und ökologischen Potenziale der Digitalisierung zu entfalten und den sozialen Zusammenhalt auch im digitalen Zeitalter zu sichern.



Rahmenbedingungen für die digitale Zukunft gestalten

Die Bundesregierung hat am 15. November 2018 die Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ beschlossen. Sie dient – als Fortentwicklung der Digitalen Agenda 2014–2017 – als klares politisches Leitbild zur Gestaltung des digitalen Wandels für Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Bürgerinnen und Bürger insgesamt. Bei der Erarbeitung der Strategie hat die Bundesregierung besonders den Nutzen für den Einzelnen ins Zentrum gestellt.

Die Handlungsfelder

In der Umsetzungsstrategie hat die Bundesregierung ihre zentralen digitalpolitischen Schwerpunktvorhaben in den fünf Handlungsfeldern Digitale Kompetenz, Infrastruktur und Ausstattung, Innovation und digitale Transformation, Gesellschaft im digitalen Wandel sowie Moderner Staat zusammengeführt und in einem gemeinsamen Prozess unter ein strategisches Dach gestellt. Da die Gewährleistung von Sicherheit eine grundlegende Voraussetzung für die nachhaltige und erfolgreiche Digitalisierung ist, wurden Maßnahmen zur digitalen Sicherheit in allen Handlungsfeldern mitbetrachtet.

Die Schwerpunktmaßnahmen der Ressorts bilden die ganze Bandbreite der digitalen Transformation ab: So hat sich die Bundesregierung zum Beispiel darauf verständigt, verstärkt in die digitalen Kompetenzen der Menschen zu investieren und das Bildungssystem noch stärker auf die Anforderungen des digital geprägten Alltags, der digitalen Arbeits- und Wirtschaftswelt und der digitalen Wissensgesellschaft auszurichten.

Um die Voraussetzung für digitale Teilhabe der Menschen sowohl in den Städten als auch auf dem Land zu schaffen, soll ganz Deutschland bis zum Jahr 2025 mit gigabitfähigen Netzen versorgt werden. Im Bereich 5G-Anwendungen soll Deutschland zum Leitmarkt werden.

Auch die Verwaltung selbst soll den Schritt ins digitale Zeitalter gehen und den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen das Leben erleichtern. Die Bundesregierung will deshalb den Kontakt mit der Verwaltung und die Beantragung von Leistungen für alle einfacher machen. Bis Ende 2022 sollen alle Verwaltungsleistungen auch online in Anspruch genommen werden können.

Die Schwerpunkte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Als führende Wirtschaftsnation mit vitalem industriellen Kern und einem hervorragend aufgestellten Mittelstand hat Deutschland beste strukturelle Voraussetzungen für eine digitalisierte Wirtschaftswelt. Die klassische Innovations- und Wirtschaftsstärke liegt darin begründet, dass Deutschland bisher häufig in der Lage war, disruptive Veränderungen frühzeitig zu erkennen, sie anzunehmen und ihre Chancen in Ideen und Wohlstand zu übersetzen. In diesem Sinne hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) bei der Erarbeitung der Umsetzungsstrategie besonderen Wert darauf gelegt, dass digitale Innovationen und die künftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands einen Schwerpunkt bilden.

Digitale Innovationen – insbesondere im Bereich Künstlicher Intelligenz – sollen ermöglicht werden mit der Maßgabe, unseren Wohlstand zu sichern und unsere Grundwerte in Deutschland und in Europa zu erhalten. Deutschland hat den Willen, die Fähigkeit und die Instrumente zur Innova-

Die 5 Handlungsfelder der Digitalstrategie



Digitale Kompetenz

Ins Wissen der Menschen investieren, vom Kindergarten bis ins Seniorenalter



Infrastruktur und Ausstattung

Gigabitfähige Netze für Stadt und Land bis Ende 2025



Innovation und digitale Transformation

Breite und branchenübergreifende Förderung der Industrie 4.0



Gesellschaft im digitalen Wandel

Höhere Lebensqualität, mit Sicherheit



Moderner Staat

Alle Verwaltungsleistungen werden digital

Die Umsetzungsstrategie besteht aus fünf Handlungsfeldern, in denen konkrete Lösungen zu den Herausforderungen des digitalen Wandels ausgearbeitet wurden und nun von den zuständigen Ressorts umgesetzt werden.

tion. Gleichzeitig wollen wir aber auch konkrete Produkte und praktische Lösungen fördern. Ziel ist, aus hervorragender technologischer Forschung auch hervorragende technologische Produkte „Made in Germany“ und „Made in Europe“ auf den Markt zu bringen.

Um den deutschen Mittelstand fit für die digitale Zukunft zu machen, hat das BMWi insbesondere Maßnahmen zur Unterstützung des Mittelstandes sowie junger und innovativer Unternehmen in die Umsetzungsstrategie eingebracht. Dazu gehören etwa die Fortführung und der Ausbau der Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren, die Einführung eines neuen Förderprogramms „Investitionszuschuss Digitalisierung im Mittelstand“ oder eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung des Start-up-Ökosystems.

Darüber hinaus ist dem BMWi die Gestaltung eines zukunftsfähigen Ordnungsrahmens, bspw. im Rahmen der Telekommunikationsregulierung oder des Wettbewerbsrechts, in dieser Legislaturperiode ein besonderes Anliegen. Eine moderne digitale Ordnungspolitik kommt den Unternehmen, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern zugute. Ein zukunftsfähiger Ordnungsrahmen kann stärkere Investitionsanreize für den privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau setzen und Marktmissbrauch von Plattformunternehmen gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen sowie Kundinnen und Kunden verhindern.

Digitalkabinett und Digitalrat

Die Digitalpolitik der Bundesregierung – und damit auch die Umsetzungsstrategie – wird in dieser Legislaturperiode durch den Kabinettausschuss Digitalisierung (kurz: Digitalkabinett) gesteuert. Seine Mitglieder sind die Bundeskanzlerin, alle Bundesministerinnen und -minister sowie die Staatsministerinnen für Digitalisierung sowie für Kultur und Medien.

Ebenfalls neu in dieser Legislaturperiode ist die Einsetzung des Digitalrates. Aufgabe des Digitalrates ist es, einen engen Austausch zwischen Politik und nationalen sowie internationalen Experten zu ermöglichen. Er berät die Bundesregierung bei der Gestaltung des digitalen Wandels in Gesellschaft, Arbeitswelt, Wirtschaft und Verwaltung. Er kann auch Impulse zur Fortentwicklung und Umsetzung der Digitalstrategie geben.

Die zehn Ratsmitglieder stammen aus Deutschland und anderen Ländern und sind Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Sie alle stehen für Praxiserfahrung und Innovation und bilden mit ihrer Expertise und ihren unterschiedlichen Erfahrungen aus der Praxis möglichst viele Themenfelder der Digitalisierung ab. Sie sehen ihre Aufgabe darin, der Regierung die richtigen Fragen zu stellen, sie fachlich zu unterstützen und – wo es sein muss – auch anzutreiben.

Wie es jetzt weitergeht

Die Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ ist als lebendes Dokument konzipiert. Das bedeutet: Die Bundesregierung wird die Ziele der Umsetzungsstrategie regelmäßig neu hinterfragen und nachsteuern. Die Strategie wird permanent weiterentwickelt und der Umsetzungsstand wird öffentlich zur Verfügung gestellt. Weitere Informationen zur Umsetzungsstrategie sind unter www.digital-made-in.de verfügbar.

Kontakt: Dr. Christina Schmidt-Holtmann
Referat: Grundsätze der Digitalpolitik, Koordinierung

„Vor wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen“: Sachverständigenrat legt neues Gutachten vor

Am 7. November 2018 hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) sein aktuelles Jahresgutachten mit dem Titel „Vor wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen“ an die Bundeskanzlerin übergeben und der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin sieht der SVR die größten Herausforderungen für die deutsche Volkswirtschaft international im globalen Handel und national in den Folgen des demografischen Wandels. Eine Antwort auf die internationalen Herausforderungen durch die ungewisse Zukunft des multilateralen Handelssystems liegt laut Gutachten in einer Stärkung der Europäischen Union. Um die Folgen des demografischen Wandels abzumildern, mahnt der SVR, den Strukturwandel durch die Digitalisierung zuzulassen und die sich hier bietenden Chancen zu nutzen.

Der SVR erwartet, dass sich der aktuelle Aufschwung weiter fortsetzen wird, auch wenn dieser zuletzt an Dynamik eingebüßt hat. Für das Jahr 2018 prognostizieren die Gutachter ein Wirtschaftswachstum von 1,6 Prozent und für das Jahr 2019 einen Zuwachs von 1,5 Prozent. Diese Einschätzungen ähneln denen der Bundesregierung, die im Rahmen ihrer Herbstprojektion allerdings für beide Jahre eine etwas dynamischere Entwicklung erwartet (jeweils 1,8 Prozent für 2018 und 2019).

Um den aktuellen Herausforderungen im globalen Handel zu begegnen, spricht sich der SVR dafür aus, das multilaterale, regelbasierte Handelssystem der Welthandelsorganisation zu reformieren und damit zu stärken. Weiterhin solle Deutschland den internationalen Steuerwettbewerb annehmen. In diesem Zusammenhang wird eine vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags angeregt, um den Anstieg der tariflichen Gewinnsteuersätze seit der Steuerreform 2008 auszugleichen.

Aufgrund des zu erwartenden Rückgangs der Erwerbsbevölkerung wird es zu steigenden Fachkräftengpässen kommen. Um diesen Engpässen zu begegnen, solle einerseits das inländische Arbeitskräftepotenzial besser genutzt

werden (Flexibilisierung der Arbeitszeitorganisation, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen). Andererseits unterstützt der SVR eine erleichterte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitnehmern durch das geplante Fachkräftezuwanderungsgesetz. Der SVR empfiehlt zudem Maßnahmen zur Flexibilisierung des Renteneintritts und spricht sich dafür aus, dass sich das Renteneintrittsalter in Zukunft an der Lebenserwartung orientieren solle.

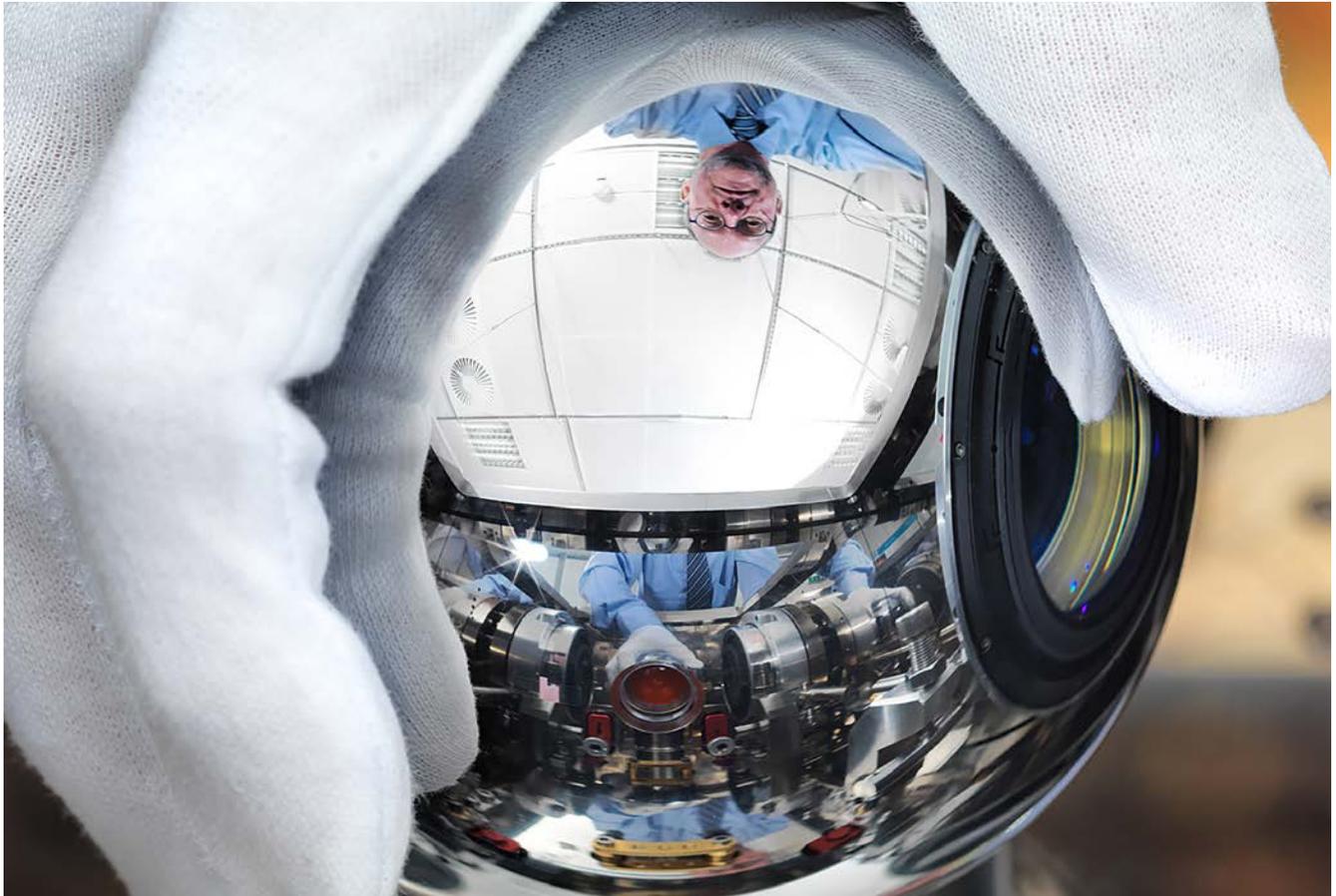
Da es unmöglich sei, den durch den demografischen Wandel bedingten Rückgang des Arbeitsvolumens zu kompensieren, würde – so der SVR – vielmehr ein steigendes Produktivitätswachstum durch die Digitalisierung benötigt. Vor diesem Hintergrund sollten Anstrengungen „oberste Priorität“ haben, die Bevölkerung besser zu befähigen, die Chancen des digitalen Wandels zu nutzen. Dabei seien etwa die Rahmenbedingungen zu verbessern, die Gründungsfinanzierung zu stärken und das Bildungssystem zu modernisieren.

Damit die Digitalisierung einen Beitrag zur Produktivitätsentwicklung leisten könne, seien darüber hinaus Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien notwendig. Hier spricht sich der SVR für Technologie-neutralität und eine stärkere Wettbewerbsintensität aus. Die Aufgabe des Staates bestehe insbesondere darin, Rahmenbedingungen zu schaffen und den Wettbewerb sicherzustellen. Industriepolitische Eingriffe des Staates lehnt der SVR ab.

Die Bundesregierung nimmt im Rahmen des Jahreswirtschaftsberichts 2019 zu dem Gutachten Stellung. Weitere Informationen zum Gutachten des SVR finden sich unter www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de.

Kontakt: Dr. Franziska Lottmann
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Ein neues Kapitel in der Welt des Messens: Revision des internationalen Einheitensystems



Im Avogadro-Experiment wurden anhand nahezu perfekter Einkristallkugeln aus Silizium gleich zwei Naturkonstanten bestimmt: die Avogadro-Konstante und das Planck'sche Wirkungsquantum. Nach der Festlegung der Konstanten sind derartige Siliziumkugeln eine Möglichkeit, das Kilogramm zu verwirklichen.

In der Welt des Messens, der Metrologie, ist ein neues Kapitel aufgeschlagen worden. Am 16. November haben sich internationale Vertreter darauf verständigt, in Zukunft mit grundlegend neuen Definitionen für das Kilogramm, das Ampere, das Kelvin und die Stoffmenge Mol zu arbeiten. Dieses neu formulierte Einheitensystem ist eine wissenschaftliche Meisterleistung. Zugleich ermöglicht es prinzipiell vielfältige technologische Innovationen in wichtigen Hightech-Branchen. Für die Verbraucher werden diese Änderungen keine unmittelbaren Auswirkungen haben.

Vom 13. bis 16. November 2018 tagte in Versailles die 26. Generalkonferenz für Maße und Gewichte (CGPM). Angereist waren Vertreter von 54 der 60 Mitgliedsstaaten sowie zahlreiche weitere Teilnehmer. Die deutsche Delegation bestand aus Vertretern des Bundesministeriums für Wirt-

schaft und Energie (BMWi) sowie Metrologieexperten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB). Unter anderem nahmen der PTB-Präsident, Prof. Dr. Joachim Ullrich, und der PTB-Vizepräsident, Prof. Dr. Roman Schwartz, an der Konferenz teil.

Delegierte folgen der wissenschaftlichen Empfehlung

Kernthema dieser Konferenz war es, die Neudefinition von vier Basiseinheiten des internationalen Einheitensystems – namentlich das Kilogramm, das Kelvin, das Ampere und das Mol – zu beschließen. Mit großer Mehrheit folgten die Delegierten der vorliegenden wissenschaftlichen Empfehlung und machten so den Weg frei für die Revision des Ein-

heitensystems, das nun am 20. Mai 2019, dem Weltmetrologietag, in Kraft treten wird. Ab diesem Tag werden sich alle Maßeinheiten auf das Stabilste beziehen, was die Wissenschaft zu bieten hat, denn: Alle Einheiten lassen sich in Zukunft als Kombination von Naturkonstanten darstellen. Die Sekunde mit dem Bezug auf einen Elektronenübergang im Cäsiumatom und der Meter mit dem Bezug zur Lichtgeschwindigkeit hatten dies schon vorgemacht. Nun ziehen alle anderen Basiseinheiten nach.

Für die Wissenschaft tritt der Fortschritt ein, sobald die Neudefinitionen verabschiedet sind. Für die Technik werden sich die Fortschritte als Langzeitwirkung zeigen. Eine Besonderheit des neuen Einheitensystems ist, dass keinerlei technische Barrieren mehr eingebaut sind. Schwankt etwa im jetzigen System die Masse des Urkilogramms in einer gewissen Größenordnung, so ist die beste erreichbare Genauigkeit einer Wägung eben dadurch begrenzt. Für Hochpräzisionsanwendungen in der Wissenschaft und in der Technik kann dies ein echtes Hindernis darstellen. An einer Revision des Einheitensystems wurde daher seit vielen Jahren in den großen Metrologieinstituten, wie der PTB, gearbeitet.

Im neuen Einheitensystem wird es keine definitionsbedingten Schwankungen mehr geben, da die Naturkonstanten verbindlich festgelegte Werte bekommen. So wird die Kilogramm-Definition unabhängig von möglichen Masse-Driften jedweder Verkörperungen sein. Alle elektrischen Einheiten inklusive des Ampere werden als Quantenrealisierungen (über den so genannten Josephson- und Quanten-Hall-Effekt oder „einfach“ durch Zählen von Elektronen pro Zeit) Teil des Systems. Und nicht zuletzt wird das Mol nun auch definitiv über eine festgelegte Anzahl von Teilchen (die Avogadro-Konstante) einer spezifizierten Substanz erfasst.

Ein technologisches Versprechen

Daher gilt im neuen internationalen Einheitensystem: Kann genauer gemessen werden, können auch die Einheiten genauer realisiert werden – ohne Änderung der zugrundeliegenden Definition. In einer hochtechnischen Welt, in der weder die Längenteilungen beim Nanometer aufhören werden noch die Zeiteilungen bei Femtosekunden, ist diese technische Offenheit des neuen Einheitensystems gegen-



Palais des Congres, Versailles, 16. November 2018: Aus der PTB angereist zum Ereignis (v.l.n.r.): Dr. Arnold Nicolaus, Prof. Dr. Joachim Ullrich, Prof. Dr. Frank Härtig, Prof. Dr. Roman Schwartz, Edyta Beyer.

Die Entstehung des internationalen Einheitensystems

Ausgelöst durch die industrielle Revolution, begann in der Mitte des 19. Jahrhunderts der grenzüberschreitende Handel mit technischen Gütern stark zuzunehmen. Von den damaligen Industriestaaten wurde rasch erkannt, dass ein einheitliches internationales Maßsystem von entscheidender Bedeutung für die Förderung des internationalen Handels sein würde. 1875 vereinbarten daher die führenden 17 Industrienationen, darunter Deutschland, ein internationales Maßsystem auf der Basis von Meter, Kilogramm und Sekunde einzuführen. In einem diplomatischen Vertrag, der „Meterkonvention“, beschlossen sie die Errichtung des „Internationalen Büros für Maße und Gewichte“ (BIPM), das als permanente wissenschaftliche Einrichtung die internationalen Maße und Gewichte als Maßverkörperungen realisieren, an die Mitgliedsstaaten weitergeben und Forschung und Entwicklung zur Verbesserung solcher Normale betreiben sollte. Als Aufsichtsgremium über das BIPM wurde das „Internationale Komitee für Maße und Gewichte“ (CIPM) gegründet, bestehend aus 18 internationalen Experten. Zur Vertretung der Mitgliedsstaaten wurde die „Internationale Konferenz für Maße und Gewichte“ (CGPM) geschaffen. Als oberstes Gremium wählt das CGPM die Mitglieder des CIPM, entscheidet über das Arbeitsprogramm und das Budget des BIPM und fasst die grundlegenden Beschlüsse für das internationale Messwesen.

über allen zukünftigen Genauigkeitsfortschritten ein großer Gewinn. Damit schafft die Revision des Einheitensystems bessere Voraussetzungen für Innovationen überall da, wo es auf höchste Präzision ankommt – bei der Entwicklung von Quantentechnologien ebenso wie bei den Diagnosemöglichkeiten der Medizin, den Effizienzsteigerungen bei der Energiegewinnung oder den Analysemethoden der Klimaforschung.

Die Revision des Einheitensystems und das mit ihr einhergehende technologische Versprechen werden so zu einem größeren Vertrauen insbesondere in innovative und hochpräzise Messungen beitragen. Sie wird die Qualitätsinfrastruktur im Bereich des Messwesens mit Blick auf den Technologietransfer von neuen, innovativen Lösungen nachhaltig prägen sowie Handel und Marktverbreitung positiv beeinflussen. Dafür werden jetzt die entsprechenden Messtechniken und Messmethoden zur Realisierung der Einheiten weltweit aufgebaut, in aufwendigen Ringvergleichen abgeglichen und dem technologischen Fortschritt folgend stetig weiter verbessert. Die Grundlage dafür wurde mit den neuen Definitionen der Basiseinheiten gelegt.

Das komplett neu definierte Einheitensystem beseitigt die Mängel des bisherigen Systems, wobei die Änderungen im täglichen Leben heute nicht bemerkbar sind. Der Vorteil ist jedoch überzeugend: Naturkonstanten gelten überall und zu allen Zeiten. Damit bildet das neue Einheitensystem

gewissermaßen eine universelle Sprache, auf die sich die Weltgemeinschaft nun verständigt hat und die auch in einer von technologischen Innovationen getragenen Welt von morgen anwendbar ist.

Weiterführende Informationen sind zu finden unter:

► www.ptb.de

► www.bipm.org

Kontakt:

Dr. Arne Höll

Referat: Akkreditierung und Konformitätsbewertung,
Messwesen, Fachaufsicht PTB und BAM

Dr. Dr. Jens Simon

PTB, Stabsstelle „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“

Die neunte „Gründerwoche Deutschland“: ein voller Erfolg



Die neunte „Gründerwoche Deutschland“: ein voller Erfolg

Mit etwa 90.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war die Gründerwoche Deutschland auch in diesem Jahr ein voller Erfolg. Dazu beigetragen haben vor allem die mehr als 1.600 Partner, darunter Kammern, Wirtschaftsfördergesellschaften, Gründungsnetzwerke, Bildungseinrichtungen und Unternehmen. Sie haben die bundesweite Aktionswoche, die mittlerweile zum neunten Mal unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie stattfand, mit zahlreichen Veranstaltungen unterstützt. In über 1.700 kostenfreien Workshops, Seminaren, Beratungsangeboten, Planspielen, Wettbewerben und vielen weiteren Events konnten die Besucherinnen und Besucher „Gründungsgeist“ schnuppen.

Mit der jährlich stattfindenden Gründerwoche Deutschland wollen die Aktionspartner gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Interesse an Existenzgründungen wecken und Impulse für eine neue Gründungskultur in Deutschland setzen. Ziel der Veranstaltungen war es,

- ▶ unternehmerisches Denken und Handeln zu fördern,
- ▶ unternehmerische Kompetenzen zu vermitteln und Kreativität zu wecken,
- ▶ den Austausch von Ideen, Erfahrungen und Meinungen zum Thema Gründung und Selbständigkeit zu befördern und
- ▶ Unterstützungsmöglichkeiten für angehende Gründerinnen und Gründer aufzuzeigen, beispielsweise Initiativen zur Förderung von Gründungsideen.

Themenfokus: Social Start-ups

In jedem Jahr nimmt die Gründerwoche Deutschland eine bestimmte Zielgruppe ins Visier. Dieses Mal richtete sich der Fokus auf Gründerinnen und Gründer von Social Start-ups. Ihr Anliegen: mit sozial- und umweltorientierten Gründungen die Welt ein bisschen besser zu machen. Für sie spielt die Höhe des Gewinns oftmals nur eine Nebenrolle. Viel wichtiger sind der gesellschaftliche oder ökologische Nutzen ihrer Produkte oder Dienstleistungen. Da die Entwicklung eines tragfähigen und nachhaltigen Geschäftsmodells für viele Social Start-ups herausfordernd ist,

erhielten sie auf der Gründerwoche Unterstützung. Veranstaltungen von Aktionspartnern – wie den Social Impact Labs in Potsdam und Frankfurt am Main, der Hochschule Rhein-Waal oder auch der Hamburger Existenzgründungsinitiative – halfen künftigen Social Entrepreneurs mit praktischen Tipps auf die (unternehmerischen) Sprünge.

Unternehmergeist bei Schülerinnen und Schülern wecken

Selbstverständlich ging es in der Gründerwoche auch darum, Schülerinnen und Schüler mit so genannten „Unternehmergeist“-Projekten, in Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern oder in Gründungsplanspielen für eine spätere berufliche Selbständigkeit zu sensibilisieren. Dabei konnte beispielsweise das Projekt JUNIOR des Instituts der deutschen Wirtschaft punkten: Vertreter und Vertreterinnen der JUNIOR-Schülerunternehmen sowie die betreuenden Schulpaten kamen zusammen, um sich kennenzulernen und auszutauschen.

Gründerwoche Deutschland: international vernetzt

Die Gründerwoche Deutschland ist mit ihren zahlreichen, vielfältigen Veranstaltungen deutschlandweit nicht nur das jährlich größte Event für Gründerinnen und Gründer – sie ist zugleich Teil der Global Entrepreneurship Week (GEW). Die GEW, die zeitgleich in über 170 Ländern stattfindet und Menschen für innovative Ideen, Gründungen und Unternehmertum begeistern möchte, motiviert jedes Jahr mehr und mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Unter dem Dach der GEW finden eine Reihe internationaler Wettbewerbe statt, an denen sich auch Gründerinnen und Gründer aus Deutschland beteiligen: Das Berliner Kreativunternehmen ArtNight vertritt Deutschland beispielsweise Ende November beim internationalen Finale des Creative Business Cup in Kopenhagen. Im Januar 2019 präsentieren die drei Teams von Manyfolds, Nuventura und otego ihre umweltorientierten Geschäftsideen beim Finale des Cleantech Open Global Ideas Challenge in Los Angeles. Und beim weltweit größten Wettbewerb in der Lebensmittel- und Agrarbranche, der Future Agro Challenge (FAC), hat der Finalist aus Deutschland im nächsten Jahr die Chance, die begehrte Auszeichnung „Agribusiness of the Year 2019“ zu

erhalten. Selbst wenn den deutschen Unternehmen kein Sprung auf das Siegerpodest gelingen sollte, können sie durch ihre Teilnahme an den Wettbewerben Kontakte zu europäischen und internationalen Investoren und anderen Unternehmen knüpfen.

Jubiläumsjahr 2019: Zehn Jahre Gründerwoche Deutschland

Vom 18. bis 24. November 2019 feiert die Gründerwoche Deutschland ihr zehnjähriges Jubiläum. Alle, die sich bereits jetzt als Partner der Gründerwoche Deutschland 2019 für mehr Gründungsgeist in Deutschland engagieren und eine Veranstaltung anbieten möchten, sind hierzu herzlich willkommen.

Kontakt: Bundesweite Koordinierungsstelle im RKW Kompetenzzentrum, kontakt@gruenderwoche.de

Weitere Informationen rund um die Gründerwoche Deutschland finden Sie unter www.gruenderwoche.de.

Kontakt: Holger Maus
Referat: Unternehmensgründung, Finanzierungs- und Förderberatung

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Dezember 2018

06.12.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
07.12.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober)
13.12.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
19.12.	Energieministerrat (TTE)
Ende Dezember 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

Januar 2019

07.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
08.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
14.01.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
21./22.01.	Eurogruppe/ECOFIN
Ende Januar 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

Februar 2019

06.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
07.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
11./12.02.	Eurogruppe ECOFIN
13.02.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
18.02.	WBF-Rat
Ende Februar 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter

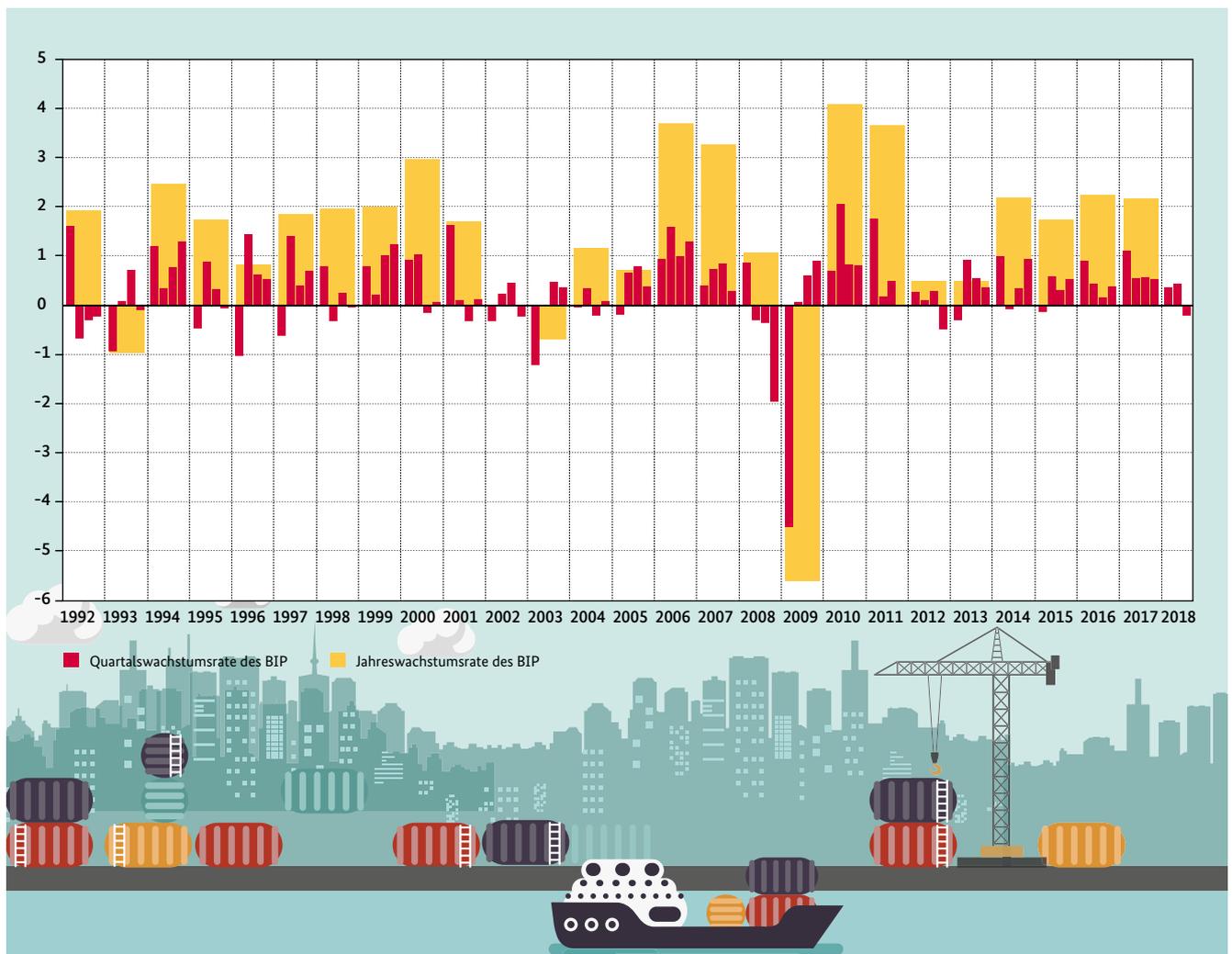


Grafik des Monats

Die deutsche Wirtschaft ...

... befindet sich aktuell im neunten Jahr des Aufschwungs. Allerdings ist die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal geringfügig um 0,2 Prozent zurückgegangen – droht damit die Gefahr eines Abschwungs? Die aktuelle Grafik des Monats zeigt, dass einzelne negative Quartalsraten auch in Aufschwüngen keineswegs unüblich sind. Seit 1992 wurde in 17 Jahren in mindestens einem Quartal eine negative Wachstumsrate verzeichnet. Trotzdem blieb das Jahreswachstum in den meisten Fällen positiv. Dies ist auch für das Jahr 2018 zu erwarten: Nachdem die Wirtschaft im dritten Quartal vor allem aufgrund von Sondereffekten in der Automobilindustrie schwächelte, dürfte das Wachstum im vierten Quartal wieder anziehen.

BIP-Wachstum in Deutschland: Jahres- und Quartalswachstumsraten, 1992–2018



Quelle: Macrobond.

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Sondereffekte führten im dritten Quartal zu einer Unterbrechung des Aufschwungs. Ursache war die WLTP-Problematik in der Kfz-Industrie. Mit Auflösung dieser Sondereffekte wird sich der Aufschwung der deutschen Wirtschaft fortsetzen.
- ▶ Die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes war im dritten Quartal insbesondere aufgrund dieses Sondereffekts rückläufig. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe stiegen in den beiden letzten Monaten wieder an, der Auftragsbestand ist weiterhin sehr hoch. Das Baugewerbe befindet sich in der Hochkonjunktur.
- ▶ Die Entwicklung der Einkommen und die Konsumnachfrage der privaten Haushalte bleiben aufwärtsgerichtet. Auch die Stimmung im Handel ist gut.
- ▶ Die positiven Entwicklungen bei Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit halten an. Strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt bleiben Herausforderungen.

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft wurde im dritten Quartal nur unterbrochen. Das Bruttoinlandsprodukt fiel preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,2% niedriger aus als im Vorquartal.^{1,2} Geprägt war das dritte Quartal nach den vorliegenden Indikatoren durch einen schwachen privaten Konsum, starke Importe, die einen negativen Wachstumsbeitrag des Außenhandels bewirkten, sowie durch einen spürbaren Lageraufbau. Der Grund für die schwache Gesamtentwicklung war im Wesentlichen die WLTP-Problematik in der Kfz-Industrie. Die verbindliche Umstellung auf den neuen Prüfzyklus hat einen Zulassungstau ausgelöst. Die Industrie konzentrierte ihre Produktion auf die bereits zugelassenen Typen und die privaten Haushalte im In- und Ausland warteten mit ihren Käufen ab. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte dadurch im dritten Quartal um bis zu 0,4 Prozentpunkte gedämpft worden sein. Bei der WLTP-Problematik handelt es sich um ein temporäres Phänomen. Mit zunehmender Auflösung des Zulassungstaus wird sich der Aufschwung bereits im Jahresschlussquartal fortsetzen. Die Indikatoren für die Industrie und für die Gesamtwirtschaft, aber auch die Entwicklung im außenwirtschaftlichen

Umfeld unterstreichen dies. Die Konjunktur in der europäischen Union blieb im dritten Quartal aufwärtsgerichtet und die amerikanische Wirtschaft boomt. Die Weltwirtschaft befindet sich trotz aller Missklänge im Aufschwung.

Die Signale aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld fallen allerdings gemischt aus. Die industrielle Erzeugung weist global zwar weiterhin eine etwas geringere Dynamik auf als im vergangenen Jahr, der Welthandel scheint aber die Delle aus dem schwächeren zweiten Quartal durchschritten zu haben. Der IHS Markit Global Composite PMI erhöhte sich im Oktober nach drei Rückgängen in Folge getrieben von den Dienstleistungen, während der ifo Index zum Weltwirtschaftsklima für das vierte Quartal 2018 eine sehr gedämpfte Stimmung wiedergibt. Auch die internationalen Organisationen gehen in ihren Herbstprognosen weiter von einer zwar positiven, aber gegenüber früheren Einschätzungen abgeschwächten Entwicklung der Weltwirtschaft aus.

Die gegenwärtig gemischten Signale der Außenwirtschaft spiegeln sich auch in den Zahlen zu den deutschen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen wider. Im September gingen die Exporte saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen leicht um 0,9% zurück. Im dritten Quartal blieben die Ausfuhren nominal konstant. Preisbereinigt sind sie jedoch zurückgegangen. Die ifo Exporterwartungen sind auf den niedrigsten Wert dieses Jahres gesunken und deuten nicht auf eine deutliche Belebung der Ausfuhren hin. Die nominalen Importe von Waren und Dienstleistungen nahmen im September erneut saisonbereinigt ab (-1,3%). Im dritten Quartal ergibt sich jedoch aufgrund des starken Juli ein Anstieg der Importe um 2,9%. Auch preisbereinigt dürften sie sich trotz steigender Importpreise noch deutlich positiv entwickelt haben.

Im Produzierenden Gewerbe nahm die Produktion im dritten Quartal um 0,9% ab. Den Ausschlag hierfür gab eine temporäre Schwächephase in der Industrie, die nahezu vollständig auf die Kfz-Industrie zurückging. Zuletzt im September blieb die Industrieerzeugung unverändert, im dritten Quartal verringerte sie sich jedoch um 1,4%. Die Produktion im Baugewerbe hingegen verzeichnete im Quartalsvergleich einen Zuwachs von 0,5%. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe nahmen im September gegenüber dem Vormonat um 0,3% zu, nach einem Plus von 2,5% im August. Im Quartalsvergleich kam es indes zu einem Rückgang um

1 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal 2018 vom 14. November 2018.

2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. November 2018 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

1,0%. Im Zuge der schrittweisen Auflösung des Zulassungstaus wegen der Umstellung auf den neuen Testzyklus WLTP für Pkw dürfte sich die Industrieproduktion zum Jahresende hin wieder beleben. Dafür spricht auch das sehr gute Auftragspolster mit einer Reichweite von 5,5 Monaten. Das Baugewerbe arbeitet nahe seiner Kapazitätsgrenzen, sein Boom dürfte anhalten.

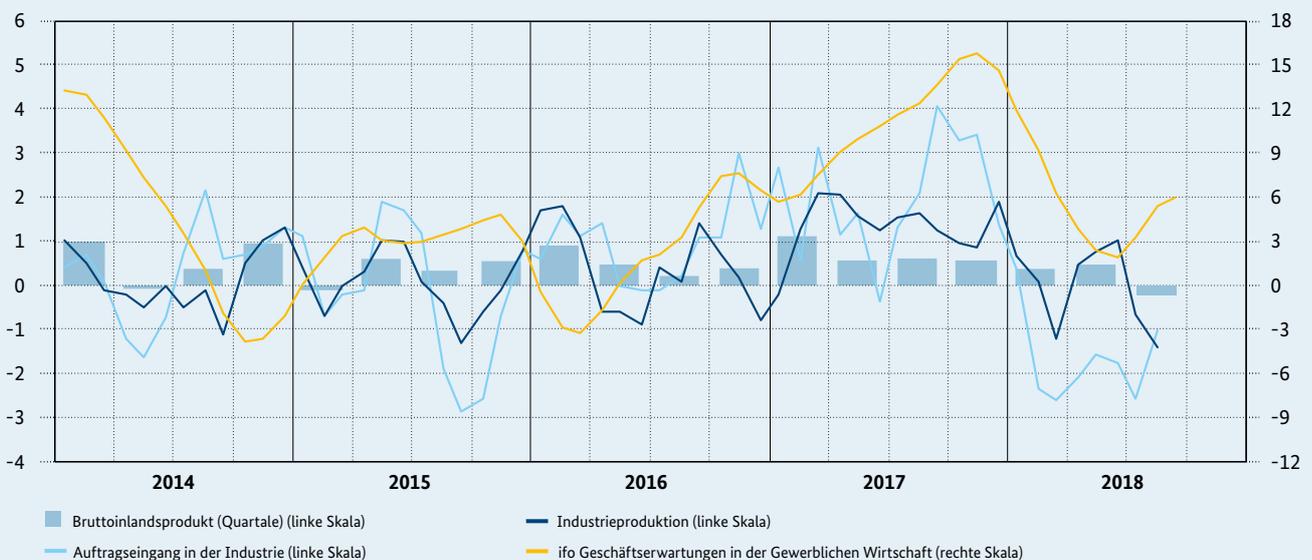
Die gute Entwicklung des Arbeitsmarkts und kräftige Lohnzuwächse sorgen dafür, dass der private Konsum grundsätzlich eine wichtige Stütze der deutschen Konjunktur bleibt. Die Umsätze im Einzelhandel deuten jedoch auf eine langsamere Gangart der privaten Konsumausgaben im dritten Quartal hin. Nach einem schwachen Start in das Quartal sanken die Einzelhandelsumsätze ohne Kfz im September um 0,3% und damit den dritten Monat in Folge. Im dritten Quartal insgesamt war damit ein Umsatzminus von 0,9% zu verzeichnen. Auch die Umsätze im Kfz-Handel gingen Stand August leicht zurück. Vor dem Hintergrund der WLTP-Problematik waren die Neuzulassungen von Pkw bei privaten Haltergruppen im dritten Quartal schwach. Erst im Oktober stiegen die Neuzulassungen privater Kfz wieder deutlich an. Für eine positive Entwicklung des privaten Konsums in den kommenden Monaten spricht weiterhin der Anstieg der Einkommen. Die Stimmungsindikatoren zeigen derzeit ein gemischtes Bild. Das ifo Geschäftsklima

für den Einzelhandel verschlechterte sich im Oktober, während das Konsumklima der Verbraucher zuletzt stabil blieb.

Vom Arbeitsmarkt kommen unverändert positive Nachrichten. Die Erwerbstätigkeit erreichte im September den neuen Höchstwert von 45,2 Mio. Personen. Das ist auf die kräftige Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zurückzuführen. Gegenüber August erhöhte sich die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt um 39.000 Personen. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung lag der Zuwachs im August mit 56.000 Personen leicht über dem durchschnittlichen Niveau der letzten sechs Monate. Die Frühindikatoren unterstreichen die anhaltend starke Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften. Die Zahl der Arbeitslosen sank im Oktober saisonbereinigt um 11.000 Personen; in Ursprungszahlen verringerte sie sich mit der einsetzenden Herbstbelebung auf 2,2 Mio. Personen. Die Langzeitarbeitslosigkeit geht weiter zurück. Ihre weitere Zurückdrängung und die Stärkung der Wirtschaftskraft strukturschwacher Regionen bleiben Herausforderungen.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut.

Konjunkturprognosen eine Dekade nach der Finanzkrise

Workshop „10 years after the financial crisis – new approaches to business cycle forecasting“

Am 5. November 2018 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung einen Workshop anlässlich der Finanzkrise vor zehn Jahren ausgerichtet. International renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diskutierten mit einem breiten Publikum über die Ursachen der Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Arbeit von Konjunkturprognostikern.

‘Why did nobody notice it?’

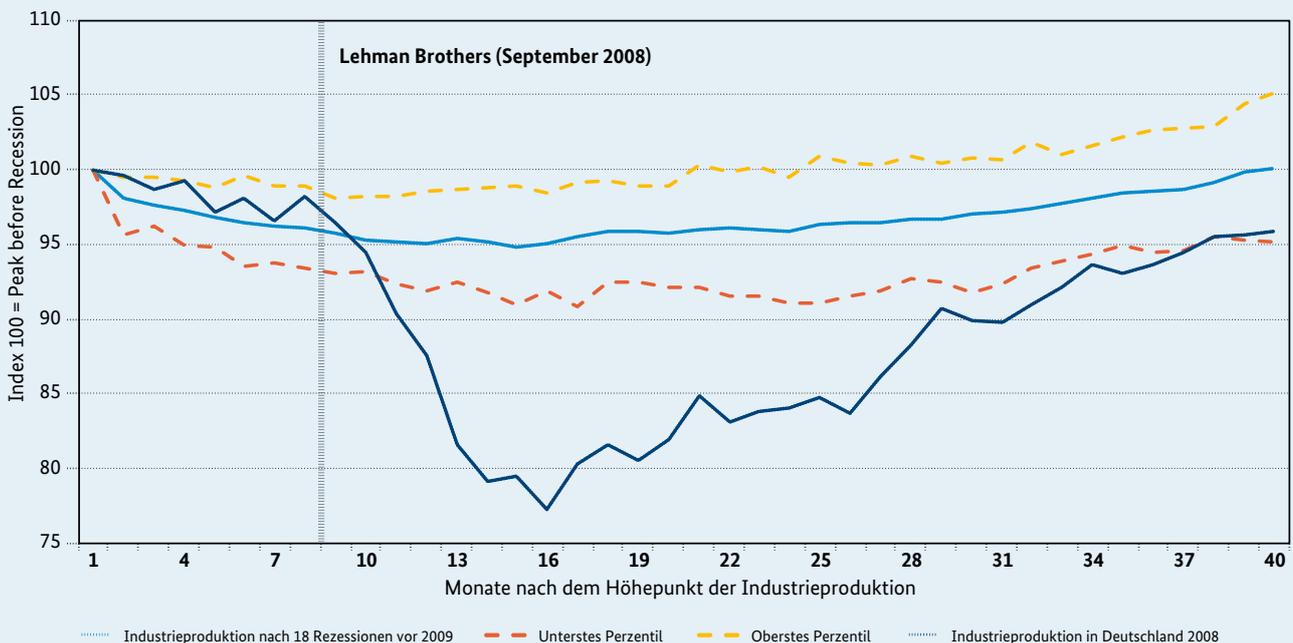
Vor ziemlich genau zehn Jahren stellte Königin Elizabeth bei einem Besuch der London School of Economics die Frage, warum niemand die Finanzkrise vorhergesehen hatte. Diese Frage warf auch Dr. Stefan Profit vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in seinen Begrüßungsworten auf. Er hob die Bedeutung von makroökonomischen Prognosen für die Politik hervor und zeigte, mit Blick auf historische Daten, wie außergewöhnlich der Auftakt der Krise verlief (Abbildung 1): Während sich in Deutschland zunächst nur eine mit vorhergehenden Konjunkturzyklen vergleichbare Abkühlung abzeichnete, brach die deutsche Industrieproduktion nach der Insolvenz von Lehman Brothers regelrecht ein. Die letzte vergleichbare Krise war die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, die sich jedoch in einem gänzlich anderen Institutionengeflecht vollzogen hatte. Somit war das Ausmaß der sich anbahnenden Krise für empirische Wirtschaftsforscher schon allein mangels geeigneter Daten schwer abzuschätzen.

Die gute Nachricht ist: Prognostiker können aus der letzten Finanzkrise lernen und zukünftige Entwicklungen besser einschätzen. Welche Ansätze die moderne Konjunkturforschung dazu verfolgt, war Gegenstand des Workshops im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Überdurchschnittliches Kreditwachstum als Krisensignal

In seiner Keynote legte Prof. Dr. Moritz Schularick von der Universität Bonn besonderes Augenmerk auf die historischen Muster von Finanzkrisen. Dabei wurde deutlich, dass das geeignetste Warnsignal für eine schwere konjunkturelle Krise ein übermäßiges Kreditwachstum ist: Eine Betrachtung über viele Krisen und Länder zeigt einen klaren Zusammenhang zwischen langanhaltendem, überdurchschnittlichem Kreditwachstum und der Wahrscheinlichkeit für eine ausgeprägte Rezession.

Abbildung 1: Einbruch der Industrieproduktion nach der Finanzkrise



Quelle: Macrobond, eigene Berechnungen.

Schularick argumentierte, dass vor allem Finanzkrisen in Folge geplatzter Immobilienblasen gravierende Langzeitfolgen hätten. Demgegenüber könnte sich eine Volkswirtschaft von normalen Rezessionen vergleichsweise rasch erholen. Zuerst ginge mit dem Entstehen einer Blase, wie der Kreditblase von 2008, oft ein Wirtschaftsaufschwung einher. Dieser sei jedoch im Vergleich zum anschließenden starken Einbruch nach dem Platzen der Blase unbeträchtlich. „Warum kommt es also zu solch ineffizienten Krisen?“, fragte Schularick und beantwortete diese Frage vor allem mit nicht-rationalem Verhalten der Marktakteure. Für einen vielversprechenden Forschungsansatz hält Schularick die Untersuchung des Zusammenspiels von übermäßigem Optimismus in guten Zeiten und der damit einhergehenden exzessiven Kreditvergabe.

Deutschland besonders vom Einbruch des Welthandels betroffen

Dr. Alexandra Born von der Europäischen Zentralbank beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit den Transmissionsmechanismen, die die ursprünglich in den Vereinigten Staaten beginnende Krise zur globalen Krise werden ließen. Dabei unterschied sie zwischen einem Finanz- und einem Handelskanal. Während der Finanzkanal über Wertverluste bei Auslandsvermögen auf Bankbilanzen wirkt, spiegelt der Handelskanal die einbrechende Auslandsnachfrage wider. Mithilfe eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells untersuchte sie, wie die Finanzkrise von 2008 die Wirtschaftsleistung in Deutschland und Großbritannien beeinträchtigt hat. Während die exportorientierte deutsche Wirtschaft vor allem durch den Einbruch der globalen Nachfrage getrof-

fen wurde, reagierte die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs mit seiner bedeutenden Rolle als Finanzzentrum empfindlicher auf die Finanzmarktverwerfungen. Letztere hätten längerfristige negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum eines Landes als ein realwirtschaftlicher Nachfragerückgang.

Hohe Prognosefehler in Abschwüngen berücksichtigen

Ein Instrument zur Quantifizierung von Risiken stellte David Turner von der OECD vor. Turner argumentierte, dass Prognostiker die Wahrscheinlichkeit eines Konjunktüreintruchs sowie das Ausmaß von Rezessionen vor der Krise tendenziell unterschätzt hätten. Er stellte eine zweistufige Methode vor, die es ermöglicht, die Unsicherheit bezüglich konjunktureller Rückschläge zu quantifizieren.

Ausgehend von einer Kombination wichtiger Wirtschafts- und Finanzmarktindikatoren wird dabei in einem ersten Schritt die aktuelle Rezessionswahrscheinlichkeit ermittelt. Anhand dessen wird die wirtschaftliche Situation in einen „sicheren“ Zustand oder in einen Zustand „mit Abwärtsrisiken“ für die Konjunktur eingeteilt. Abhängig von diesem Zustand wird dann in einem zweiten Schritt der Tatsache Rechnung getragen, dass die Einbrüche bei früheren Krisen stärker ausgefallen sind als prognostiziert. Dabei wird die sonst symmetrische Verteilung um die Punktprognose um die historischen Prognosefehler im Falle einer Rezession angepasst. Im Ergebnis ergibt sich eine linksschiefe Verteilung bzw. ein asymmetrischer Fan-Chart (Abbildungen 2 und 3).

Abbildung 2: Mit Rezessionswahrscheinlichkeit modifizierter Fan-Chart

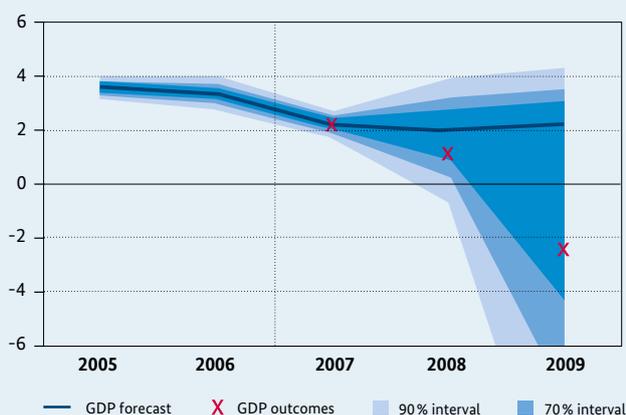
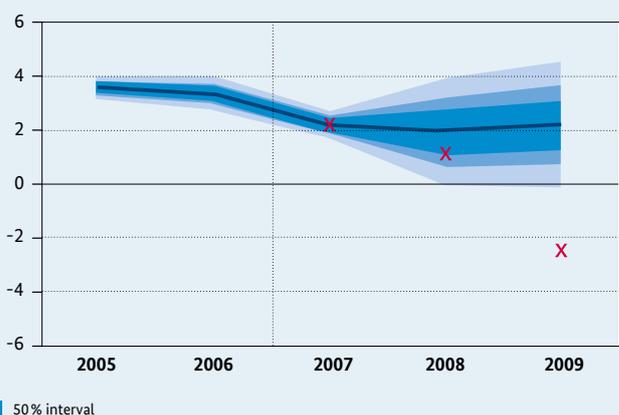


Abbildung 3: Traditioneller, symmetrischer Fan-Chart



Turner zeigte, dass unter Verwendung dieser Methode der tatsächliche Einbruch der US-Wirtschaft nach der Finanzkrise innerhalb der berechneten Prognoseintervalle gelegen hätte. Damit hätte seitens der Prognostiker ein wichtiges Warnsignal abgegeben werden können. Besonders für die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik können sich solche Grafiken eignen, um auf eine erhöhte Unsicherheit während sich anbahnender Krisen hinzuweisen.

Unterscheidung mehrerer konjunktureller Phasen wichtig

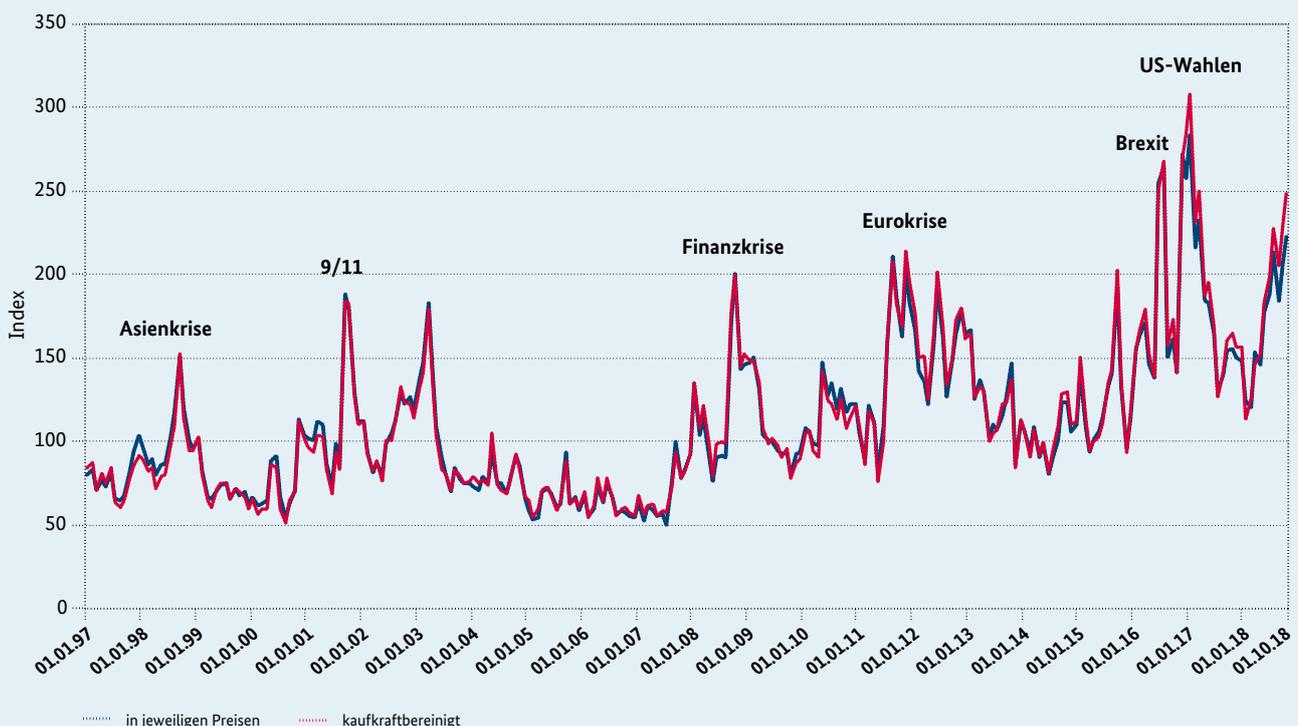
Dr. Thomas Theobald vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) zeigte anhand des IMK Konjunkturindicators, wie die Unsicherheit auf Finanzmärkten in Konjunkturprognosen einfließen kann und inwiefern diese Herangehensweise die Prognose verbessert. Der monatlich veröffentlichte Indikator kombiniert 60 verschiedene Prognosen und berechnet darauf aufbauend eine gewichtete durchschnittliche Rezessionswahrscheinlichkeit für die kommenden drei Monate. Durch die Kombination einer Vielzahl an Prognosen kann der Indikator eine ausgeglichene Vorhersage geben, als es durch Betrachtung ein-

zelner Prognosen möglich wäre. Dabei unterscheidet der Indikator nicht nur zwischen Auf- und Abschwung, sondern bezieht auch Phasen des normalen Wachstums und erhöhter Unsicherheit ein. Als zusätzliche erklärende Variable fließt ein Indikator zur Messung von Finanzmarktspannungen (Financial Market Stress) ein. Zusammen mit dem Drei-Phasen-Modell gibt der Indikator differenziertere Konjunktursignale.

Unsicherheit kann durch Medienanalyse gemessen werden

Auch Dr. Mawuli Segnon von der Universität Münster sprach über die Rolle von ökonomischer Unsicherheit für Konjunkturprognosen. Als Indikator für Unsicherheit nutzte er einen medienbasierten Index, der die relative Häufigkeit bestimmter Stichworte in Artikeln von zehn bedeutenden US-amerikanischen Zeitungen errechnet. Der so ermittelte „Economic Policy Uncertainty Index“ ist in Krisenzeiten besonders hoch, wie Segnon anhand historischer Daten zeigte (Abbildung 4). Prognosemodelle könnten, so Segnon, präzisere Vorhersagen liefern, wenn der nachrichtenbasierte Index aufgenommen wird. Dies gilt

Abbildung 4: Der EPU-Index ist in Krisenzeiten besonders hoch.



Quelle: Macrobond, eigene Berechnungen.

auch im Vergleich mit anderen Unsicherheitsmaßen, wie einem Volatilitätsindex oder einem verbreiteten Indikator für geopolitisches Risiko.

Automatisierte Medienanalyse verbessert Prognosen

Dr. Konstantin Kholodilin vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung beschäftigte sich mit der Nutzung automatisierter Medienanalysen zur Verbesserung von Prognosen. Vor diesem Hintergrund diskutierte er den Zusammenhang von Nachrichten und Inflationserwartungen. Durch die Analyse von Zeitungsartikeln sollen Aussagen über die zukünftige Inflationsentwicklung in Deutschland getroffen werden können. Ein solcher Medienindex hat den Vorteil, zeitnahe Vorhersagen zu ermöglichen. Der Wissenschaftler analysierte Artikel aus der Zeitung DIE ZEIT und erstellte aufbauend auf diesen einen automatisierten Medienindex. Untersucht wurden über 900 Artikel, die das Stichwort „Inflation“ oder dessen Synonyme enthielten. Jeder Artikel wurde dann zusätzlich danach klassifiziert, ob er einen positiven oder negativen Ton anschlägt. Kholodilin verglich die Vorhersagekraft dieses automatisierten Indexes

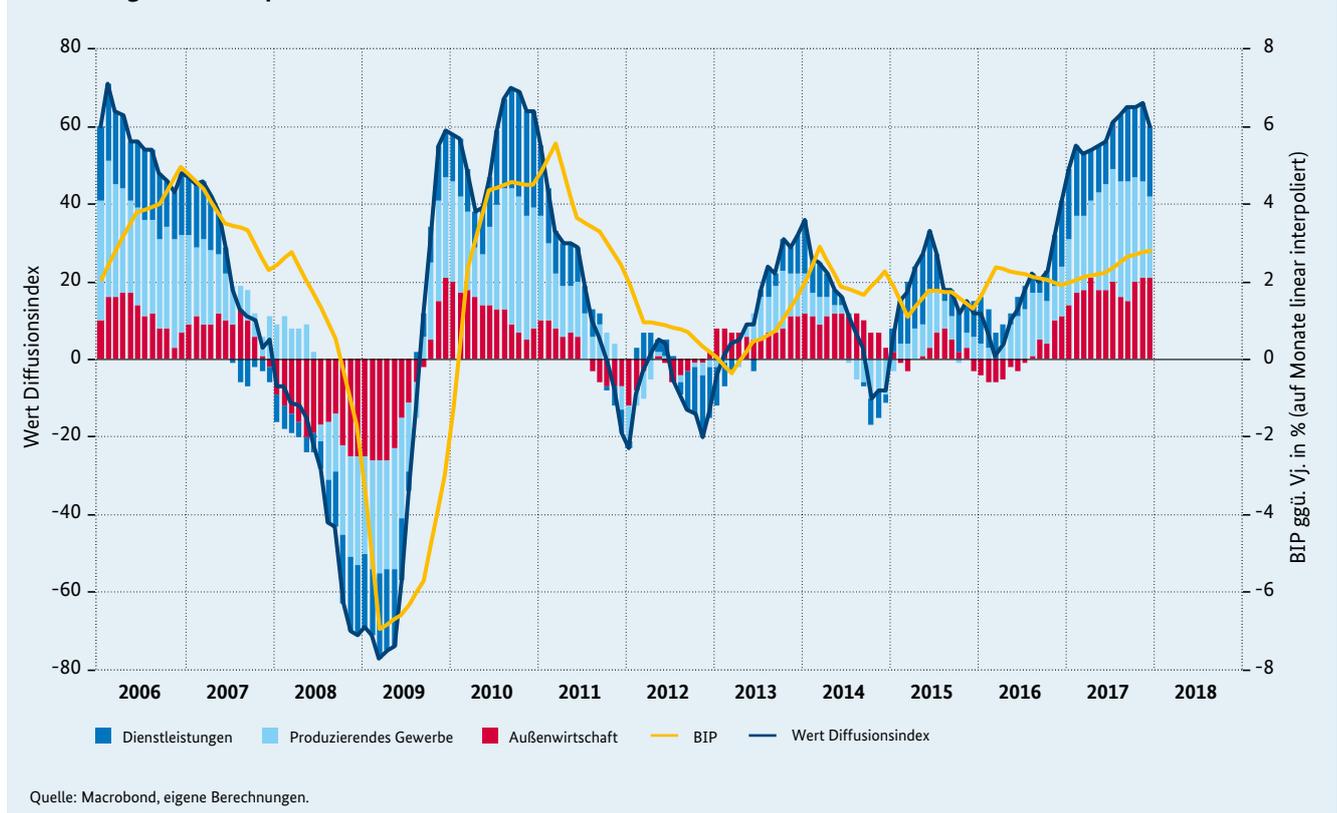
mit anderen so genannten „Sentiment-Indikatoren“, die auf der subjektiven Einschätzung von Befragten beruhen, die wirtschaftsrelevante Nachrichten lesen. Es zeigt sich, dass sowohl automatisierte als auch auf menschlicher Einschätzung beruhende Medienindikatoren eine hohe Prognosegüte aufweisen.

Diffusionsindizes schaffen Abhilfe bei unklaren Signalen

Wie können Wirtschaftswissenschaftler mit Volatilität und sich widersprechenden Konjunktursignalen umgehen? Für Dr. Wolfram Wilde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie liegt die Antwort in der Kombination vieler verschiedener Indizes. Er schlägt einen Index (Composite Diffusion Index) aus 100 Einzelindikatoren vor, der für die kurzfristige Prognose der Entwicklung der deutschen Wirtschaft genutzt werden kann (Abbildung 5).

Zusammengefasst ergibt sich aus der Vielzahl an Indikatoren ein einzelnes, gut interpretierbares Signal. Es zeigt sich, dass der Composite Diffusion Index besonders für ein Zeitfenster von zwei bis sechs Monaten zuverlässige Signale

Abbildung 5: Der Composite Diffusion Index für die deutsche Wirtschaft



gibt. Aufgrund seiner Transparenz eignet er sich für die Kommunikation zwischen Prognostikern und wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern.

Machine-Learning für die Konjunkturprognose wertvoll

Im letzten Vortrag sprach Dr. Nicolas Woloszko von der OECD über die vielversprechenden Möglichkeiten von Machine-Learning-Techniken in der Konjunkturanalyse. Besonders, wenn den Daten nichtlineare Zusammenhänge oder strukturelle Veränderungen – wie beispielsweise eine Änderung der Geldpolitik – zu Grunde liegen, können Machine-Learning-Ansätze helfen, genauere Vorhersagen zu treffen. Eine besonders hervorzuhebende Methode ist der so genannte Regression Tree – ein Algorithmus, der komplexe, nicht-lineare Wenn-Dann-Zusammenhänge identifizieren kann. So seien beispielsweise starke Immobilienpreisanstiege nicht zwingend bedenklich; entwickelte sich die Industrieproduktion aber zeitgleich unterdurchschnittlich, könnte dies ein Signal für eine bevorstehende Rezession sein.

Fazit

Die Vorträge und Diskussionen im Rahmen des Workshops haben vielfältige Einblicke in die aktuelle Konjunkturforschung geliefert. Die Prognosemethoden wurden – auch als Reaktion auf die Finanzkrise von 2008 – weiterentwickelt und verfeinert. Hier bieten neue ökonometrische Methoden und der große Fortschritt im Bereich des maschinellen Lernens vielversprechende Forschungsansätze.

Kontakt: Dr. Charlotte Senftleben-König und
Dr. Wolfram Wilde
Referat: Beobachtung, Analyse und Projektionen der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Unternehmen mit anhaltender Ertragsschwäche

Ertragsschwache Unternehmen, die über mehrere Jahre keine Gewinne erzielt haben, aber dennoch im Markt verbleiben, binden Kapital und Arbeitskräfte, die sonst produktiver eingesetzt werden könnten – zum Beispiel in neu gegründeten Unternehmen. Angesichts der niedrigen Zinsen ist international ein Anstieg ertragsschwacher Unternehmen zu beobachten, auch weil unterkapitalisierte Kreditgeber deren Finanzierung sicherstellen. In Deutschland ist das Phänomen allerdings wenig verbreitet.

Marktdynamik und schöpferische Zerstörung

Funktionierende Wettbewerbsmärkte sind dadurch geprägt, dass junge Unternehmen mit frischen Ideen und Geschäftsmodellen in den Markt eintreten (können) und andererseits nicht wettbewerbsfähige Marktteilnehmer im Zeitverlauf vom Markt verschwinden. Joseph Schumpeters Prozess der „schöpferischen Zerstörung“ und der damit verbundene strukturelle Wandel ist ein zentraler Bestandteil der marktwirtschaftlichen Ordnung und Grundlage für Innovationen, Produktivitätswachstum und wirtschaftlichen Fortschritt.

In den 1990er-Jahren war in Japan erstmalig das Phänomen zu beobachten, dass sich im Grunde nicht überlebensfähige Unternehmen trotz anhaltender finanzieller Schwierigkeiten im Markt halten konnten. In der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung hat sich für Unternehmen mit einer anhaltenden Ertragsschwäche der Begriff „Zombieunternehmen“ etabliert (Caballero et al., 2008).

In der Literatur wird von einer kritischen Ertragslage ausgegangen, wenn die Einnahmen aus dem operativen Geschäft für mindestens drei aufeinanderfolgende Jahre niedriger ausfallen als die Zinsverpflichtungen, das heißt der Zinsdeckungsgrad (*interest coverage ratio*, ICR) unter Eins liegt.¹ Dabei werden in der Regel nur Unternehmen mit einem gewissen Mindestalter berücksichtigt, zum Beispiel Unternehmen, die seit mehr als zehn Jahren bestehen. So wird sichergestellt, junge Wachstumsunternehmen mit noch geringen Unternehmensgewinnen nicht fälschlicherweise als problematisch zu klassifizieren (KfW Research, 2018).

Unterkapitalisierte Kreditgeber und niedrige Zinsen

Unternehmen mit einer anhaltenden Ertragsschwäche können unter anderem deshalb am Markt bestehen, weil sie von schwach kapitalisierten Banken finanziert werden.

Wissenschaftliche Studien haben diesen Zusammenhang zuerst für die japanische Wirtschaft in den 90er Jahren und später auch für europäische Länder belegt.² Aufgrund ihrer niedrigen Eigenkapitaldecke sind schwache Banken geneigt, ausfallgefährdete Unternehmenskredite auch dann zu verlängern, wenn die Lage des kreditnehmenden Unternehmens dies im Grunde nicht rechtfertigt. Eine Abschreibung dieser Kredite würde die Bilanzen der betroffenen Banken weiter unter Druck setzen. Durch das so genannte „evergreening“ – die Verlängerung von Krediten, um eigene Liquiditätsprobleme und damit wiederum andere Kreditausfälle zu vermeiden – halten sich schwache Banken und schwache Unternehmen gegenseitig künstlich am Leben. Dies zeigt sich nicht zuletzt in dem Anstieg notleidender Kredite (non-performing loans), die in einigen europäischen Ländern die Bilanzen der Banken noch immer erheblich belasten (siehe Abbildung 1).

Niedrige Zinsen können zur Verbreitung ertragsschwacher Unternehmen beitragen. Auf der einen Seite reduzieren zwar niedrige Zinsen die Finanzierungskosten der Unternehmen und erhöhen damit zunächst den Zinsdeckungsgrad. Andererseits sinken aber die Zinsmargen im Bankengeschäft, wodurch Banken unter Druck geraten, nicht werthaltige Kredite in ihren Bilanzen zu behalten. Eine Analyse von Banerjee und Hofmann (2018) bestätigt, dass der Anteil ertragsschwacher Unternehmen in Zeiten sinkender Zinsen gestiegen ist, und zwar insbesondere in den Sektoren, in denen Unternehmen stärker auf externe Finanzierung angewiesen sind.

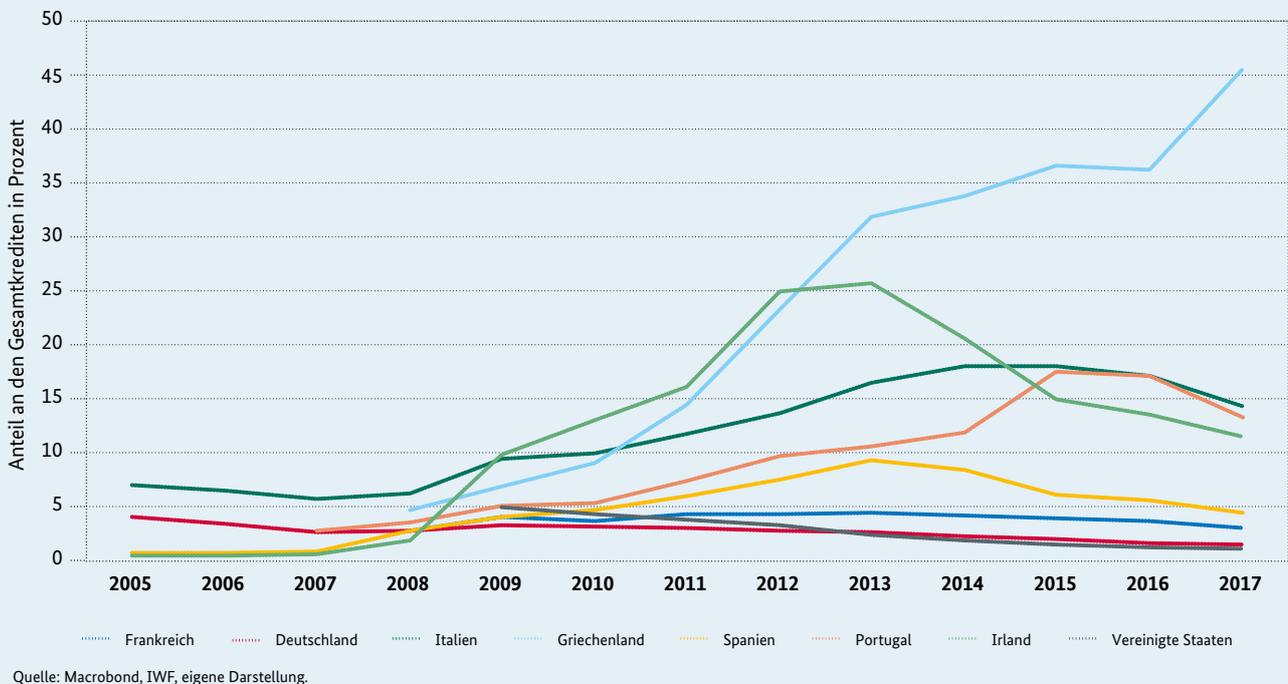
Schwache Investitionstätigkeit und niedrige Produktivität

Die Existenz von Unternehmen mit anhaltend kritischer Ertragslage ist demnach ein Anzeichen dafür, dass der notwendige Marktprozess der schöpferischen Zerstörung behindert ist. Dies führt dazu, dass sowohl Kapital als auch Arbeitskräfte in Unternehmen mit unterdurchschnittlicher Produktivität und geringerer Investitionstätigkeit gebun-

1 Andere Analysen beziehen sich auf Unternehmen, die über mehrere Jahre Verluste machen (Creditreform, 2018).

2 Vgl. Peek und Rosengreen (2005), Acharya et al. (2016) und Andrews und Petroulakis (2017).

Abbildung 1: Notleidende Kredite



den werden (Abbildung 2). Kredite, die finanzschwachen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, fehlen damit für produktivere Projekte.

Die Ergebnisse von Banerjee und Hofmann (2018) zeigen, dass Unternehmen mit anhaltender Ertragsschwäche eine geringere Arbeits- bzw. totale Faktorproduktivität aufweisen als gesunde Unternehmen. Steigt der Anteil solcher Unternehmen in einer Volkswirtschaft um ein Prozent, geht das Produktivitätswachstum um 0,3 Prozentpunkte zurück. Eine OECD-Studie weist für neun Länder nach, dass ertragsschwache Unternehmen eine produktivitätssteigernde Kapitalreallokation behindern, wodurch die Investitionstätigkeit und das Beschäftigungswachstum auch in den gesunden Unternehmen geringer ausfallen.³

Internationaler Anstieg ertragsschwacher Unternehmen

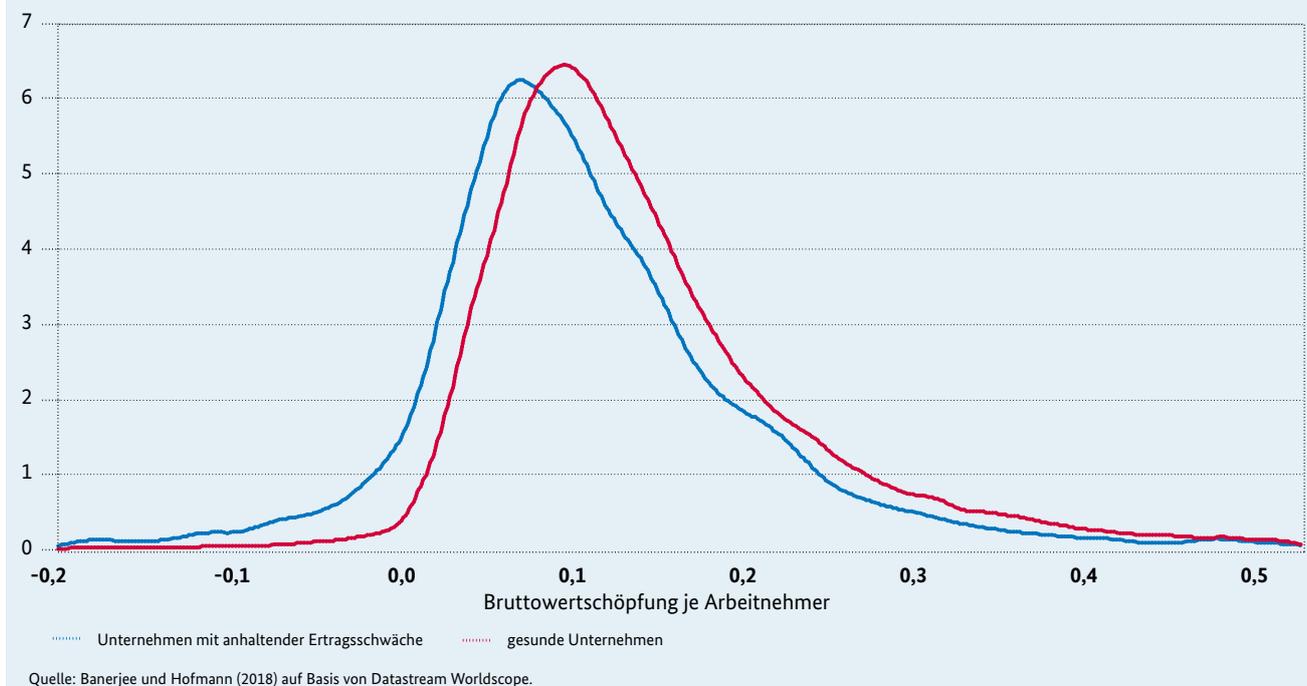
International lässt sich ein Anstieg anhaltend ertragsschwacher Unternehmen beobachten. In einer Auswahl von 14 Industrieländern ist deren Anteil seit den 1980er-Jahren je nach Definition von durchschnittlich unter zwei Prozent auf sechs bis über zwölf Prozent gestiegen.⁴ Die Wahrscheinlichkeit, dass ein finanzschwaches Unternehmen ein weiteres Jahr bestehen bleibt, ist den Autoren zufolge in den letzten 30 Jahren von 50 Prozent auf 70 Prozent gestiegen. Für eine Auswahl von acht OECD-Ländern kommt die OECD-Studie zu dem Ergebnis, dass der Anteil ertragsschwacher Unternehmen zwischen 2003 und 2013 von etwa drei Prozent auf fünf Prozent gestiegen ist. Auch eine Studie für die EU zeigt, dass der Anteil kritischer Unternehmen in den EU-Krisenländern nach der Wirtschafts- und Finanzkrise zum Teil auf zweistellige Werte gewachsen ist, im Laufe der Folgejahre aber eine Trendwende zu beobachten war.⁵

³ Vgl. Adalet McGowan et al. (2017).

⁴ Vgl. Banerjee und Hofmann (2018). Die weite Definition orientiert sich am Zinsdeckungsgrad. Bei der engen Definition wird zusätzlich die zukünftige Profitabilität auf Basis von Bewertungen am Aktienmarkt einbezogen. Es wird unterstellt, dass sich Unternehmen mit anhaltender Ertragsschwäche durch schlechte Aussichten an den Kapitalmärkten auszeichnen.

⁵ Vgl. Storz et al. (2017).

Abbildung 2: Arbeitsproduktivität in gesunden und ertragsschwachen Unternehmen (Dichtefunktion)



Deutschland hat kein Problem mit ertragsschwachen Unternehmen

In Deutschland spielen Unternehmen mit einer anhaltenden Ertragsschwäche eine untergeordnete Rolle. Je nach Datenbasis und Definition dürfte der Anteil im einstelligen Prozentbereich liegen (siehe Tabelle 1). Die genannte OECD-Studie zeigt allerdings, dass in Deutschland im Jahr 2013 etwa zwölf Prozent des Kapitals in ertragsschwachen Unternehmen gebunden war. In der Gesamtschau der verschiedenen Analysen kann davon ausgegangen werden, dass aktuell etwa fünf Prozent der Unternehmen in Deutschland trotz anhaltender Ertragsprobleme am Markt bestehen bleiben.

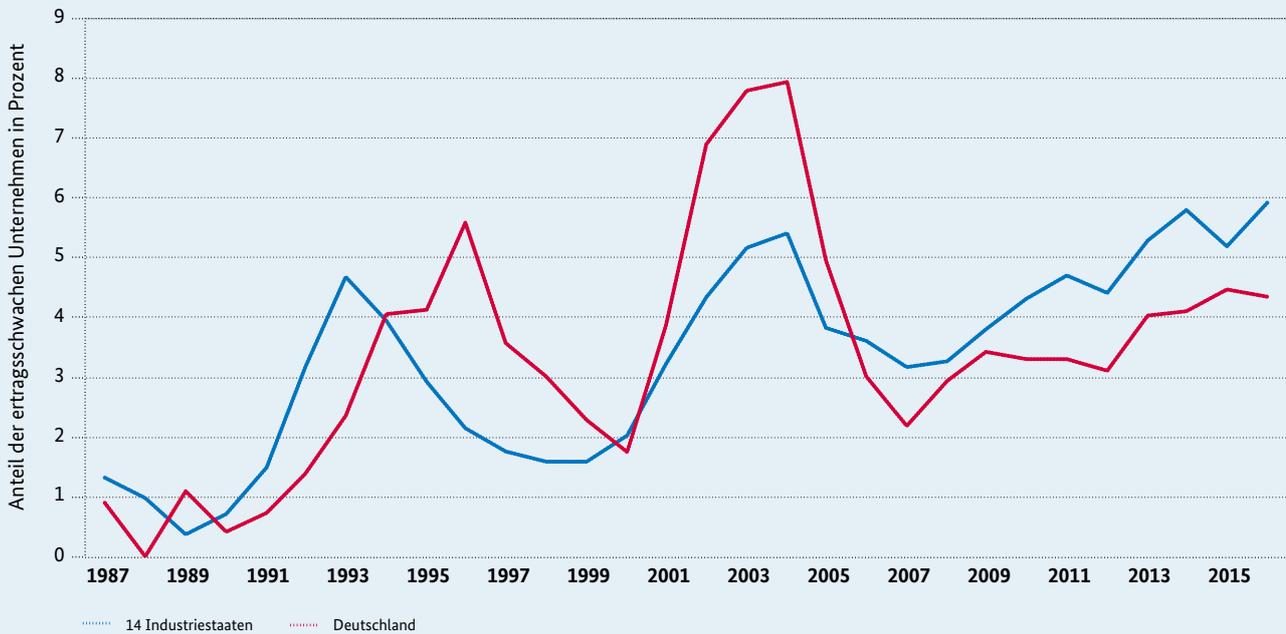
Allerdings gibt es Unterschiede mit Blick auf die Unternehmensgröße und verschiedene Wirtschaftsbereiche. Gemäß KfW (2018) liegt der Anteil ertragsschwacher Unternehmen bei größeren KMU bei zehn Prozent und damit doppelt so hoch wie im Mittel aller untersuchten Unternehmen. Dies erklärt auch, warum ein überproportionaler Anteil des Umsatzes und der Sachanlagen auf diese finanzschwachen Unternehmen entfällt (Bundesbank, 2017). Für einzelne Wirtschaftszweige kommen die Studien zu unterschiedlichen Ergebnissen. Während die KfW (2018) mehr kritische Unternehmen im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes identifiziert, sind es den Ergebnissen von Creditreform (2018) zufolge eher Dienstleistungsbereiche (Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei, Kunst und Unterhaltung), in denen der Anteil höher ausfällt.

Tabelle 1: Anteil von Unternehmen mit anhaltender Ertragsschwäche in Deutschland

Quelle	Jahr	Anteil		Definition
Bundesbank (2017)	2015	4,7 %	Variante A	ICR < 1
		2,2 %	Variante B	Cashflow < 0
Banerjee und Hofmann (2018)	2016	9,2 %	weite Definition	ICR < 1
		4,3 %	enge Definition	ICR < 1 und Marktwert
Creditreform (2018)	2016	6,8 %		EBIT < 0
KfW (2018)	2016	5,0 %		ICR < 1 (ein Jahr)

Quelle: eigene Darstellung.

Abbildung 3: Anteil von Unternehmen mit anhaltender Ertragsschwäche in 14 Industriestaaten und in Deutschland



Quelle: Banerjee und Hofmann (2018), eigene Darstellung.

Im Zeitablauf hat der Anteil der ertragsschwachen Unternehmen in Deutschland nach Einschätzung von Banerjee und Hofmann (2018) tendenziell zugenommen. Demnach ist der Anteil von unter einem Prozent im Jahr 1987 auf vier Prozent im Jahr 2016 gestiegen (Abbildung 3). Im Zeitraum von 2001 bis 2004 dürfte hierbei vor allem das Platzen der Dotcom-Blase von Bedeutung gewesen sein, die die Ertragssituation von kleinen und mittelgroßen Unternehmen verschlechtert hat. Nach einer Normalisierung in den Folgejahren führte die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem erneuten deutlichen Anstieg von Unternehmen mit einer anhaltenden Ertragsschwäche.

Dieselbe Studie zeigt auch, dass die deutschen Unternehmen mit schwacher Ertragslage weniger produktiv sind als die „gesunden“ Unternehmen. Auch die Auswertung der Bundesbank (2017) kommt zu dem Ergebnis, dass diese durch eine deutlich geringere Rentabilität sowie ein schwächeres Investitionsverhalten geprägt sind. Sie kommt aber zu dem Schluss, dass das Ausmaß der Ressourcenfehlallokation sowohl auf Grund der geringen Anzahl solcher Unternehmen als auch wegen ihres geringen Anteils an den gesamten Sachanlagen begrenzt sein dürfte. Eine ähnliche Ansicht vertritt auch die KfW (2018), da in dieser Hinsicht für den deutschen Mittelstand kein nennenswerter Unterschied zwischen gesunden und finanzschwachen Unternehmen feststellbar sei.

Fazit

Die Existenz von Unternehmen mit anhaltenden Ertragsproblemen kann ein Indiz für eine mögliche Störung der effizienten Ressourcenallokation innerhalb einer Volkswirtschaft sein. Verschiedene Studien belegen, dass schwach kapitalisierte Banken das Verbleiben von nicht überlebensfähigen Unternehmen am Markt begünstigen, da das Abschreiben notleidender Kredite ihre Bilanzen weiter unter Druck setzen würde. So war insbesondere in den europäischen Staaten, die stark von der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen waren, ein starker Anstieg von anhaltend ertragsschwachen Unternehmen und ausfallgefährdeten Krediten zu beobachten. Verschiedene Studien geben Hinweise darauf, dass diese Unternehmen mit Blick auf Produktivität, Rentabilität und Investitionsverhalten schlechter abschneiden als gesunde Unternehmen. Dies könnte ein zusätzlicher Erklärungsansatz für die schwache Produktivitätsentwicklung in vielen Industrieländern sein.

Für Deutschland dürften die Verzerrungen aber gering sein. Im Großen und Ganzen liegt der Anteil dieser kritischen Unternehmen bei etwa fünf Prozent und es werden nur verhältnismäßig wenige Ressourcen durch ertragsschwache Unternehmen gebunden. Es gibt auch keine Hinweise, dass dieses Phänomen in Deutschland zu einer ineffizienten Ressourcenallokation und damit zu einer gesamtwirtschaft-

lichen Produktivitätsschwäche geführt hat. Dennoch sollte die Entwicklung von Unternehmen mit anhaltender Ertragschwäche mit Blick auf die schwache Produktivitätsentwicklung weiter aufmerksam verfolgt werden. Gleichzeitig muss auch die Gründungaktivität in Deutschland verbessert werden, um die Marktdynamik auf der Markteintrittsseite zu stärken.

Literatur:

Acharya, V. V., T. Eisert, C. Eufinger und C. W. Hirsch (2016): Whatever it takes: The real effects of unconventional monetary policy, SAFE Working Paper Nr. 152.

Adalet McGowan, M., D. Andrews und V. Millot (2017): The walking dead: zombie firms and productivity performance in OECD countries, OECD Economics Department Working Papers, Nr. 1372.

Andrews, D. und F. Petroulakis (2017): Breaking the Shackles: Zombie Firms, Weak Banks and Depressed Restructuring in Europe, OECD Economics Department Working Papers, Nr. 1433.

Banerjee und Hofmann (2018): The rise of zombie firms: causes and consequences, BIS Quarterly Review, September 2018, S. 67 – 78.

Bundesbank (2017): Zur Entstehung sogenannter Zombie-Unternehmen in Deutschland im Niedrigzinsumfeld, Monatsbericht Dezember 2017, S. 37–40.

Caballero, R. J., Hoshi, T. und A. K. Kashyap (2008): Zombie Lending and Depressed Restructuring in Japan, American Economic Review, 98:5, S. 1943–1977.

Creditreform Wirtschaftsforschung (2018): Ertraglose Unternehmen in Deutschland.

KfW Research (2018): Sorge vor Zombie-Unternehmen im Mittelstand unbegründet, Fokus Volkswirtschaft Nr. 220.

Peek und Rosengreen (2005): Unnatural Selection: Perverse Incentives and the Misallocation of Credit in Japan, American Economic Review, Vol. 95(4), S. 1144–1166.

Storz, M., M. Koetter, R. Setzer und A. Westphal (2017): Do we want these two to tango? On zombie firms and stressed banks in Europe, ECB Working Papers Nr. 2104.

Kontakt: Dr. Sören Enkelmann und André Eid
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

Workshop „Leistungsbilanzüberschüsse in Deutschland“

Am 16. November fand im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein ganztägiger Expertenworkshop zu den deutschen Leistungsbilanzüberschüssen statt. Teilnehmer verschiedener Forschungsinstitute, der Deutschen Bundesbank sowie Vertreter der Europäischen Kommission und mehrerer Bundesressorts haben sich mit der Frage beschäftigt, ob und warum Leistungsbilanzüberschüsse problematisch sein können. Daneben wurden Probleme bei der Messung von Leistungsbilanzsalden sowie mögliche Ansätze zur Reduktion von Überschüssen diskutiert.



Anhaltende Kritik am deutschen Leistungsbilanzüberschuss

Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse haben sich seit 2015 deutlich verringert und dürften in den kommenden beiden Jahren weiter sinken. Dennoch wird der Überschuss auf absehbare Zeit über dem Schwellenwert des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens der Europäischen Union und auch über den empirischen „Normwerten“ des Internationalen Währungsfonds liegen. Die Debatte ist zudem eng verwoben mit der Frage einer zurückhaltenden Lohnentwicklung, einer inländischen Investitionsschwäche sowie der oft geäußerten Kritik, dass die Deutschen ihr Auslandsvermögen nicht sinnvoll anlegen. Daher dürfte die Kritik am deutschen Leistungsbilanzüberschuss anhalten

und die daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen dürften bestehen bleiben. Insbesondere mit Blick auf die US-Handelspolitik behält das Thema hohe politische Relevanz.

Messung von Leistungsbilanzsalden

Die Messung von Leistungsbilanzsalden, für die in Deutschland die Deutsche Bundesbank verantwortlich ist, wurde in der breiten Öffentlichkeit bisher wenig diskutiert. Zuletzt gab es aber auffällige Abweichungen zwischen den von den Vereinigten Staaten und den von Eurostat ausgewiesenen Statistiken zur bilateralen Leistungsbilanz. Obwohl die Statistiken in der Theorie übereinstimmen müssten, haben je

nach Datenquelle entweder die EU oder die USA einen Überschuss im bilateralen Leistungsbilanzsaldo.

Im ersten Themenblock gab Herr Jens Walter von der Deutschen Bundesbank daher zunächst einen umfassenden Einblick in die komplexe Erstellung der Zahlungsbilanzstatistik, die auch die Leistungsbilanz umfasst. Grundsätzlich erfolge die Aufstellung der Zahlungsbilanz weltweit nach einheitlichen, internationalen Standards. Wichtigste Grundlage sei dabei die sechste Auflage des „Balance of Payment Manual“ (BPM6) des Internationalen Währungsfonds.

Dennoch komme es in aller Regel zu Asymmetrien bei der Erfassung. Dies läge zum einen an der teilweise unvollständigen Umsetzung der BPM6-Standards in einigen Ländern, wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten. Außerdem basiere die Messung von Leistungsbilanzen auf einer Reihe von länderspezifischen Annahmen und konzeptionell bedingten Schätzungen. Ein weiterer Grund sei die gestiegene Komplexität der globalen Wertschöpfungsketten und der Finanztransaktionen, die eine regionale Zuordnung und Quantifizierung der einzelnen Posten in den nationalen Leistungsbilanzen erschwerten. Ebenso erfordere die zunehmende Bedeutung des Handels digitaler Güter, wie beispielsweise Streamingdienste, die Entwicklung neuer Messansätze, da dieser Handel von den derzeitigen Erhebungssystemen nur unvollständig erfasst würde. Trotz umfangreicher Bemühungen auf internationaler Ebene würden die Asymmetrien wohl auch in Zukunft bestehen bleiben. Bessere datenrechtliche Möglichkeiten für die Statistikproduzenten zum Austausch von Unternehmensdaten könnten die Datenqualität deutlich verbessern.

Sind Leistungsbilanzüberschüsse problematisch?

Angesichts der anhaltenden Kritik internationaler Organisationen wird in der politischen Debatte oft vorausgesetzt, dass Leistungsbilanzüberschüsse problematisch sind. Doch diese Frage ist alles andere als trivial und wurde deshalb in einem „Streitgespräch“ zwischen Prof. Dr. Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel sowie Prof. Dr. Christian Bayer von der Universität Bonn diskutiert.

Prof. Kooths warnte in seinem Beitrag zunächst vor „merkantilistischen Fehlschlüssen“. Nur weil „Überschüsse“ und „positive Außenbeiträge“ sprachlich positiv belegt seien, könne man die Vor- oder Nachteile von Leistungsbilanzsalden nicht an ihrem Vorzeichen festmachen. Im Fall Grie-

chenlands wäre beispielsweise ein Leistungsbilanzdefizit hilfreich, denn dies bedeute einen Kapitalzufluss, der Wissenstransfer erleichtern und den internationalen Marktzugang verbessern könne. Grundsätzlich basiere jeder Austausch von Waren und Dienstleistungen auf freiwilligen Entscheidungen und gereiche beiden Partnern zum Vorteil. Daher seien die Überschussländer auch nicht die Gewinner des Welthandels und die Defizitländer nicht die Verlierer. Eine einseitige Fixierung auf die Exportkraft eines Landes könne zu diesem Missverständnis unnötig beitragen und möglicherweise die Gegenreflexe in der internationalen Debatte befördern.

Herr Kooths machte deutlich, dass persistente Leistungsbilanzsalden nicht als konjunkturelles Phänomen aufgefasst werden können, sondern dass die Analyse an den Kapitalströmen ansetzen müsse. Seit der Jahrtausendwende erzielten deutsche Kapitalanlagen im Ausland höhere Renditen als ausländische Anlagen in Deutschland (zuvor war es umgekehrt), und in zeitlicher Nähe dazu drehten sich die Kapitalströme von Nettozuflüssen in Nettoabflüsse um, was dem Vorzeichenwechsel beim Leistungsbilanzsaldo entspricht. Dieses Muster sei besonders ausgeprägt bei den Direktinvestitionen, die rund ein Drittel der deutschen Nettoauslandsposition ausmachten. Deutsche Kapitalexporte seien auch nicht gleichzusetzen mit einer für die übrige Welt problematischen Auslandsverschuldung, denn es käme stets auf die Struktur und Verwendung der Mittel an. So verbleibe bei Direktinvestitionen das Risiko im Wesentlichen im kapitalexportierenden Land. Auf die im Zuge der Wertberichtigungen infolge der globalen und europäischen Finanzkrise oft geäußerte Kritik, das Kapital wäre besser im Inland angelegt worden, reagierte er damit, dass Fehlinvestitionen nicht dadurch besser würden, wenn sie im Inland erfolgten.

Die Leistungsbilanzüberschüsse stünden auch nicht im Konflikt mit dem Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, wie es das Stabilitätsgesetz aus dem Jahr 1967 vorsieht. Ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht läge erst dann vor, wenn die Zentralbank in nennenswertem Umfang Zahlungsbilanzfinanzierung betreibe, um Diskrepanzen zwischen Leistungs- und Kapitalbilanz auszugleichen. Solange Leistungsbilanzsalden über privaten Kapitalverkehr finanziert würden, sei die Zahlungsbilanz aber durch marktwirtschaftliche Mechanismen ausgeglichen und damit ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht gegeben.

Hohe Leistungsbilanzüberschüsse könnten daher nur insofern problematisch sein, als sie symptomatisch auf Fehlent-

wicklungen in anderen Bereichen des Wirtschaftsgefüges hinweisen. Hierfür käme insbesondere die Geldpolitik in Betracht, die vor der europäischen Schuldenkrise eine massive Kreditexpansion in den späteren Krisenländern zugelassen habe, der dann in Reaktion auf die Krise massive Interventionen des Eurosystems auf den Kapitalmärkten folgten. Auch könnten starke Kapitalabflüsse ein Anzeichen für ungünstige Rahmenbedingungen für Investitionen im Inland sein. Diese müssten aber ganz unabhängig von den Leistungsbilanzsalden adressiert werden. Kapital sei der Treibstoff des Wachstums und müsse in einer marktwirtschaftlichen Ordnung über Renditesignale gelenkt werden.

Prof. Bayer betonte in seinem Beitrag, dass Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite als Marktergebnisse grundsätzlich unabhängig von ihrem Vorzeichen oder der Höhe nur dann unzweifelhaft gut seien, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt seien. Insbesondere die Annahmen perfekten Wettbewerbs, flexibler Preise und Wechselkurse sowie vollständiger Märkte erschienen hier kritisch. In nicht perfekten Märkten folge aus individuell rationalen beziehungsweise vorteilhaften Entscheidungen nicht notwendigerweise gesamtwirtschaftliche Vorteilhaftigkeit. Anders ausgedrückt: Das Marktergebnis könne durch staatliche Intervention gegebenenfalls verbessert werden. Hier komme es am Ende aber auf die Details an – auf die Details der Marktunvollkommenheiten und auf die Gründe von Überschüssen bzw. Defiziten und deren Spiegelbild an Vermögensmärkten.

Leistungsbilanzüberschüsse seien zum Beispiel dann als „gesund“ zu bewerten, wenn die Bevölkerung schneller altere als im Ausland, so wie dies in Deutschland der Fall ist. Überschüsse seien auch dann nachvollziehbar, wenn das Kapital im Ausland eine höhere Rendite erziele.

Andererseits könnten „ungesunde“ Leistungsbilanzüberschüsse auftreten, wenn Lohn- und Preisrigiditäten die Anpassung der realen Wechselkurse behinderten, wie dies in der Europäischen Währungsunion weitestgehend der Fall sei. Ein Mechanismus, der zu anhaltenden Verzerrungen führen könne, basiere auf dem Zusammenspiel von Auslandsinvestitionen und Finanzmarktfriktionen: Verstehe man Auslandsinvestitionen als eine Strategie zur Stärkung der Marktmacht im Ausland, so könnten diese zu beständigen Leistungsbilanzungleichgewichten beitragen, wenn ausländische Unternehmen – beispielsweise auf-

grund eines eingeschränkten Zugangs zu Kapitalmärkten – keine Möglichkeiten hätten, sich auf ähnliche Weise im Inland zu engagieren. Dieser Effekt könne insbesondere im Zuge der Finanzkrise eine Rolle gespielt haben und einen Teil des Aufbaus der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse sowie ihre Persistenz erklären.

Maßnahmen zur Senkung der Leistungsbilanzüberschüsse

Unabhängig von der Frage, ob die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse im konkreten Fall problematisch sind oder nicht, steht Deutschland unter politischem Handlungsdruck. Im dritten Themenblock wurden daher wirtschaftspolitische Maßnahmen diskutiert, die zu einer nachhaltigen Reduktion der Überschüsse beitragen könnten.

Dr. Philipp Steinberg, Abteilungsleiter „Wirtschaftspolitik“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, wies in seinem Impulsvortrag auf die umfangreichen Maßnahmen der Bundesregierung in den letzten Jahren zur Steigerung der Investitionstätigkeit hin. Gleichwohl dürften von diesen Maßnahmen nur geringe Effekte auf die Leistungsbilanz ausgehen. Der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum sei mit Blick auf die Leistungsbilanz eher gering.

Dr. Sabine Stephan vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) erläuterte in ihrem Vortrag zunächst, dass zahlreiche Simulationen mit den makroökonomischen Modellen NiGEM und QUEST zu dem Schluss kämen, dass die Wirksamkeit von fiskal- und lohnpolitischen Maßnahmen in dieser Angelegenheit begrenzt sei. In diesen Studien senke eine dauerhafte Ausweitung der öffentlichen Ausgaben den Leistungsbilanzsaldo nur vorübergehend und in begrenztem Umfang sowie um den Preis einer dauerhaft höheren Staatsverschuldung. Eine dauerhafte Anhebung der Nominallöhne führe in diesen Studien ebenfalls nicht zu der gewünschten Reduktion des Leistungsbilanzsaldos und sei darüber hinaus schädlich für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum. Anders wirke eine expansive Lohnpolitik im institutseigenen IMK-Modell.¹ Zwar reduzierten höhere Lohnsteigerungen den Leistungsbilanzsaldo auch nur geringfügig, aber sie seien unschädlich für Wachstum und Beschäftigung und erweiterten – dadurch, dass die Einnahmen des Staates aus direkten und indirekten Steuern stiegen – den finanziellen Spielraum für

1 Das IMK-Modell unterscheidet sich von anderen dadurch, dass die Arbeitsnachfrage nicht auf Lohnsteigerungen reagiert. Ob diese Annahme für einen längeren Zeitraum gerechtfertigt ist, wurde im Rahmen des Workshops kritisch diskutiert.

eine expansive Fiskalpolitik. Eine kombinierte expansive Lohn- und Fiskalpolitik reduziere den Leistungsbilanzsaldo aus ihrer Sicht deutlich stärker als einzelne Maßnahmen, ohne dass der Staat Gefahr laufe, die europäischen Fiskalregeln (Defizit- und Schuldenstandsquote) zu verletzen.

Die Debatte dürfte anhalten

Eine Reihe von strukturellen Gründen spricht dafür, dass uns die Debatte über Leistungsbilanzsalden noch eine Weile erhalten bleibt. So führt der über die Jahre aufgebaute Bestand an ausländischen Kapitalanlagen auf absehbare Zeit zu hohen Rückflüssen nach Deutschland, was weiterhin zu Überschüssen in der Leistungsbilanz beiträgt. Auch die hohe technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie dürfte die ausländische Nachfrage nach deutschen Produkten weiterhin beflügeln, so dass mit anhaltend hohen Exporten zu rechnen ist. Einer der strukturellen Faktoren, der in der mittleren bis langen Frist zu einer Absenkung der Leistungsbilanzüberschüsse beitragen dürfte, ist der demografische Wandel. Mit zunehmender Alterung der deutschen Gesellschaft kommt es zum „Entsparen“, das heißt, zu einer sinkenden Sparquote und zum Auflösen von angelegtem Vermögen. Hierdurch könnte zukünftig ein zunehmend dämpfender Effekt auf die deutsche Leistungsbilanz entstehen.

Kontakt:

André Eid, Dr. Sören Enkelmann

Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

Dr. Charlotte Senftleben-König

Referat: Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung